Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Donnerstag, den 18. November 1926 — Nummer 257

Hindenburg in Dresden

Hat er mit dem Kronprinzen konferiert?

Dresden, 18. Nov.

Hindenburg erscheint. Der Ministerpräsident bekommt rasch einen „Schnupfen", um seinerseits die Begrüßungsrede nicht halten zu müssen mit Rücksicht auf die baldige Zusammenarbeit mit den linkssozialistischen Ministern der kommenden Koalitionsregierung. Herr Heldt sichert sich aber auch nach rechts, indem er wenigstens mit einer Presse-Schnupfen-Erklärung einen schriftlichen Bückling vor Hindenburg verbindet. Die sächsische Arbeiterschaft verachtet die Speichelleckerei der Altsozialisten ohnehin so stark, daß sich diese nicht mehr verächtlicher machen können.

Großes militärisches Tamtam soll Hindenburg empfangen. Mit allen Methoden der Pression — bei Ausfall des gesamten Schulunterrichts — sollen auch die Kinder der Werktätigen in den Dienst des nationalistisch-militärischen Rummels gepreßt werden.

In diesem Augenblick ist eine Meldung von besonderem Interesse, die den Veracht im höchsten Grade erregen muß, wonach der

Reichspräsident noch heute in direkter Verbindung mit den Hohenzollern

steht. Der Exkronprinz, über dessen Provokation gegen die Berliner Bevölkerung wir an anderer Stelle berichten, wurde nämlich in den letzten Tagen mehrfach in der Wilhelmstraße gesehen, und zwar in der Richtung vom Reichspräsidentenpalast kommend, in dessen nächster Umgebung. Im Zusammenhang mit den übrigen monarchistischen Provokationen der Reichsregierung wird diese Meldung besonders auffällig.

In jedem Fall hat die Dresdner Arbeiterschaft allen Anlaß, angesichts der neuen Steigerung der monarchistischen Umtriebe am heutigen Tag durch Massenbesuch der kommunistischen Protestkundgebungen ihren Willen zur Abwehr zu bekunden!

Die Reichsregierung lädt Wilhelm ein

Ueber den Hohenzollern-Raub darf nicht gesprochen werden.

Die Reichsregierung verbreitet durch WTB folgende Erklärung über die kommunistische Interpellation wegen des preußischen Hohenzollernvergleichs und der Rückkehrabsichten Wilhelms:

„WTB Berlin, 15. November. **Die Reichsregierung hat es abgelehnt, eine von den kommunistischen Abgeordneten Stoecker, Thälmann und Genossen im Reichstag eingebrachte Interpellation über die zwischen dem preußischen Staat und dem vormals in Preußen regierenden Königshaus zustande gekommene vermögensrechtliche Auseinandersetzung zu beantworten. Die Reichsregierung sieht keine Veranlassung, zu diesem Abkommen, das eine Angelegenheit des preußischen Staates ist, Stellung zu nehmen. Von einer geplanten Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers ist der Reichsregierung nichts bekannt.**"

Die Reichsregierung lehnt es also ab, auf die kommunistische Anfrage zu antworten. Sie weiß warum. Nicht deshalb, weil ihr „von einer geplanten Rückkehr des ehemaligen deutschen Kaisers nichts bekannt ist", sondern weil sie darüber mehr bekannt ist, als sie in der Oeffentlichkeit im gegebenen Augenblick zugeben möchte. Diese Erklärung ist nichts anderes, als eine

offene Einladung an Wilhelm,

von dem ihm durch die sozialdemokratischen preußischen Minister eingeräumten Wohnrecht auf Schloß Homburg Gebrauch zu machen. Man wird in Doorn diesen Wink verstehen. Weiter wagt es die Reichsregierung, den preußischen Hohenzollernvertrag mit seiner Verschleuderung von Millionen Volksvermögen als eine „preußische Angelegenheit" zu bezeichnen. In dieser angeblichen „preußischen Agelegenheit" ist eine Massenbewegung von 15 Millionen Werktätigen in ganz Deutschland zur Verhinderung der schamlosen Raubansprüche der Fürsten entstanden.

„Auf zur Koalition!"

Die Parole der Sozialdemokratie in Sachsen und im Reich — Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen den Schacher zerschlagen!

Der Schleier ist gefallen. Schon am Dienstag konnten wir die erste offene linkssozialdemokratische Stimme für die Koalitionspolitik auch der sächsischen SPD verzeichnen. Dort wurde mit einer gewissen Schüchternheit seitens der „Volkszeitung für die Oberlausitz" zunächst nur (!) die Koalition mit Altsozialisten und Demokraten ohne Volkspartei, die sogenannte Koalition der Mitte, gefordert. Inzwischen wird man schon offener. Das Kampfgeschrei für jene Große Koalition, die nach einigen Vorbereitungsmaßnahmen und Uebergangslösungen am Ende des ganzen Kuhhandels stehen soll, wird zunächst in weiter Arbeitsteilung nicht durch die sächsische Parteipresse selbst, sondern auf dem Umweg über die Gewerkschaften angestimmt. In der „Sächsischen Gewerkschaftszeitung" vom Montag, den 15. November schreibt der linkssozialistische Freitaler Bürgermeister Klimpel über „Das sächsische Rätsel". Seine „Lösung" sieht so aus:

„Gewiß haben wir Sozialdemokraten im Rahmen der Landeshoheit mit den Bürgerlichen auch große Kämpfe zu führen; aber die großen sozialpolitischen Fragen werden eben durch das Reich gelöst. Es darf aber der Arbeiterschaft namentlich in Zeiten bürgerlicher Reichsregierungen nicht gleichgültig sein, wie die zu erlassenden Landesausführungsbestimmungen aussehen!

Die durch die bedauerliche Spaltung erschütterte sächsische Partei würde bei den künftigen Wahlen noch größere Verluste erleiden, wenn unsere Genossen jetzt nicht die Wege zur Regierung fänden!

Nach der Spaltung haben viele Genossen den guten Glauben an die Versicherung gehabt, es habe sich bei den Streitigkeiten gar nicht um die grundsätzliche Ablehnung gegen die Koalition gehandelt. Man hatte versichert, daß es nur darauf ankäme, welche Personen mit den Bürgerlichen in der Regierung sitzen. Gut, es soll daran künftig nicht mehr gezweifelt werden!

... Man darf annehmen, daß der größte Teil der SPD-Wähler die begrenzte Zuständigkeit des Sächsischen Landtages kennt. Er erwartet in diesem Rahmen (!) in erster Linie positive Arbeit! Die SPD-Wähler haben kein Verständnis für die kommunistischen Methoden des Klassenkampfes im Parlament!

Daß die gegenwärtige Regierung etwa als Minderheitsregierung weiter bestehen bleibt, ist unmöglich! Es ist aber ebenso unmöglich, daß die SPD als stärkste Partei außerhalb der Regierung bleibt!

Wir verlangen im Interesse des Proletariats positive Mitarbeit am heutigen Staat! Jeder Parteigenosse muß nach der Parole handeln: Durch Vermeidung vergangener Fehler zu neuem Aufstieg der SPD in Sachsen!"

Kein Wunder, daß die bürgerliche Presse diesen linkssozialistischen Vorstoß für die Große Koalition mit Begeisterung aufnimmt. Zu gleicher Zeit veröffentlicht der „Volksstaat" folgenden Beschluß der ASPS:

„Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der ASP erblicken in der Herbeiführung der Großen Koalition von der (Links)-Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei das erstrebenswerteste Ziel der sächsischen Politik. Sollte dieses Ziel nicht erreicht werden, dann ist die ASP bereit, eine Regierung zu unterstützen, die sich zur Republik bekennt und durch sachliche und persönliche Garantie Gewähr dafür bietet:

1. daß die fortschrittlichen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen, die in Sachsen bestehen, nicht gefährdet werden,
2. daß vielmehr deren weiterer Ausbau zum Wohl der schaffenden Bevölkerung Sachsens erfolgen kann."

Dieser Beschluß ergibt, daß die Altsozialisten mit dem Parteivorstand gemeinsam die Herbeiführung der Großen Koalition betreiben. Soweit der Beschluß eine schüchterne Absage der Altsozialisten an eine gemeinsame Regierung mit den Deutschnationalen darstellt, soll diese „Charakterfestigkeit" offenbar auch eine Brücke darstellen, um der sächsischen SPD den Marsch ins Koalitionslager zu erleichtern. Das bankrotte linkssozialistische Führertum will den neuen Verrat an der sächsischen Arbeiterschaft nicht ohne gewisse theatralische Vorbereitungen. Die Komödie mit der linkssozialdemokratischen Minderheitsregierung — das „bestechende" Entlarvungsmanöver gegen die Kommunisten, wie die „Chemnitzer Volksstimme" ziemlich offen ausplauderte — soll nach wie vor steigen. Man hat sogar den ehemaligen Staatsbankpräsidenten aus Thüringen, Loch, nach Dresden berufen, den man als Finanzminister präsentieren möchte.

Die sächsische Arbeiterschaft wird durch keine parlamentarische Komödie ihren

Widerstand gegen die Koalitionspolitik der bankrotten SPD-Führer

einschläfern lassen. Sie wird die Losung der KPD verwirklichen und mit oder gegen die SPD den arbeitsunfähigen Landtag davonjagen und den Weg für die Durchsetzung des Willens der Werktätigen Sachsens, wie er sich schon bei den Gemeindewahlen viel klarer dokumentierte, freimachen!

„Hinein in den Staat!"

Nicht der „Volksstaat", sondern der „Vorwärts" ruft es

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Der „Vorwärts" legt in seiner heutigen Nummer ein volles Bekenntnis zur Großen Koalition ab:

„Hinein in den Staat muß es heißen für alle, denen der republikanische Gedanke mehr ist als ein bloßes Spiel mit den Lippen. Hinein in den Staat! Das gilt vor allem für die Masse sozialdemokratischer Arbeiter, die heute immer noch stiefmütterlich genug behandelt worden sind."

•

Jetzt, nach den sächsischen Wahlen, gibt der „Vorwärts" offen die Tatsache des mit Marx abgeschlossenen Paktes zu. Zugleich kündigt das SPD-Blatt die Verhandlungen über die Große Koalition an. Der „Vorwärts" schrieb schon am Dienstag wörtlich:

„Die Fraktion hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, zur Förderung der sachlichen parlamentarischen Arbeit gegen die Saboteure von rechts mit der Mitte zusammenzuwirken. Dann war der Fraktion vom Reichskanzler Marx mitgeteilt worden, daß die Fraktionen der Mitte mit dieser Abrede einverstanden seien."

Dann heißt es über die Haltung des zukünftigen Koalitionspartners, der Deutschen Volkspartei:

„Nun liest man da und dort, der Vorsitzende der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Dr. Scholz, habe das Verlangen gestellt, daß sich die Regierung an keine Seite binden, sondern über jede Vorlage wie mit den Sozialdemokraten auch mit den Deutschnationalen verhandeln solle. Natürlich würde sie das, was man in der letzten Woche aufzubauen versucht hat, wieder völlig über den Haufen werfen."

Darum fordert der „Vorwärts":

„Hier muß also unbedingte Klarheit geschaffen werden. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, ob auf allen Seiten der gute Wille besteht, das in der vorigen Woche abgeschlossene Abkommen zu halten, und weiter muß die praktische Möglichkeit untersucht werden, es von Fall zu Fall wirksam zu machen. Erst auf dieser Grundlage kann die Frage der persönlichen Zusammensetzung des Kabinetts Interesse gewinnen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Bereitschaft zu positiver Mitarbeit bewiesen. Jetzt soll die Mitte — das ist eine Forderung der Deutschnationalen, und wir nehmen sie auf — zeigen, ob sie nach rechts oder nach links ihre Mehrheit

Heraus zur Massenkundgebung gegen die Schaffung einer neuen Brutstätte der Reaktion!

Heute abend 7³⁰ Uhr in Altstadt: „Innenstadt", Bischofsplatz; in Neustadt: „Reichskrone", Bischofsweg

Es sprechen in den Versammlungen die Landtagsabgeordneten Rudolf Renner und Dr. Schmincke

sucht. Sie soll zeigen, ob sie zu einer solchen Entscheidung fähig ist."

Diese Ausführungen im „Vorwärts" bestätigen, daß sich die SPD bereits als Regierungspartei fühlt und nun ungeduldig die Ministersitze fordert. Noch vor wenigen Tagen leugnete der „Vorwärts", daß die SPD in die Große Koalition wolle.

Das bestätigt noch offener der bekannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Keil in der Stuttgarter „Schwäbischen Tagwacht":

„Wenn es in der Parteipresse so dargestellt wurde, als denke die sozialdemokratische Fraktion nicht an eine direkte Regierungsbeteiligung, so ist das eine unrichtige Darstellung. Die Fraktion ist bereit, sich an der Regierung zu beteiligen, wenn ihr die Stellung eingeräumt und die Zugeständnisse gemacht werden, die sie beanspruchen muß. Sie hat auch gar keinen Grund, diese Bereitschaft schamhaft zu verschweigen. Sie hat vielmehr genau so das Recht, ja die Pflicht, um Macht zu ringen, wie die Deutschnationalen. Und sie wird es tun."

Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen sich das merken. Keil erklärt geradeheraus, daß alles, was zuerst in der SPD-Presse über den Halt geschrieben wurde, einschließlich des Fleißnerschen Artikels in der „Dresdner Volkszeitung", Schwindel war. Richtig ist, daß die SPD-Führer die Forderungen der Erwerbslosen abgewürgt und die Auflösung des Reichstags verhindert haben, nachdem ihnen eine bestimmte Anzahl von Ministersesseln zugesichert worden ist.

Die sozialdemokratischen Arbeiter wurden zunächst wieder angelogen, weil die SPD-Führer fürchteten, daß sonst die Große Koalition wieder durch den Druck der Arbeiter verhindert werde.

Vor der Entscheidung in England

London, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Die Grubenarbeiter von Lancashire und Schottland haben sich gegen die Regierungsvorschläge erklärt und sie als abscheuliche Kapitulation, die abgewiesen werden muß, bezeichnet.

Die Bergarbeiterexekutive hatte bekanntlich beschlossen, die Vorschläge der Regierung in den einzelnen Bezirken den Bergarbeitern zur Abstimmung vorzulegen und ihre Annahme zu empfehlen. Die bürgerliche Presse berichtete bereits frohlockend, daß auf Grund dieses Beschlusses die Bergarbeiter in steigender Zahl die Arbeit in den Gruben aufgenommen hätten. Entgegen dieser Meldung bürgerlicher Telegraphenagenturen wird heute bekannt, daß die ausschlaggebenden Bezirke, wie Lancashire und Schottland, die Einigungsvorschläge abgelehnt haben. Die Abstimmung in den Bergarbeiterrevieren über die Kapitulationsbedingungen ist in vollem Gange. Ein endgültiges Ergebnis liegt darüber zur Zeit noch nicht vor. Die Telunion muß aber bereits heute morgen berichten, daß die Delegiertenkonferenz in Südwales nach längerer Beratung gestern beschlossen hat, die Regierungsvorschläge abzulehnen. Diesen Beschluß, der trotz der Empfehlung der Bergarbeiterexekutive zustande kam, bezeichnet die bürgerliche Presse als außerordentlich überraschend. Einen gleichen Beschluß haben auch die Bergarbeiter von Yorkshire gefaßt. In Nordcumberland und in Durham sind die Regierungsvorschläge ebenfalls abgelehnt worden.

Wie jetzt bekannt wird, kam der Beschluß der Delegiertenkonferenz, die Regierungsbedingungen zur Annahme zu empfehlen, unter dem Einfluß der definitivistischen Stimmungsmache der rechten Verräter gegen die ausdrückliche Opposition Cochs und anderer Bergarbeiterführer, wie Davies, Horner und Roberts zustande. Cook erklärte in der Delegiertenkonferenz, daß er gegen die Annahme der Regierungsbedingungen stimme, weil diese das Niederträchtigste darstellen, was je einer Arbeiterkategorie zugemutet wurde. Diese Regierungsbedingungen haben den Zweck, den Bergarbeiterverband zu zerschlagen. Cook richtete an die gesamte Bergarbeiterschaft den Appell, überall in den Versammlungen zu erscheinen, wo über die Regierungsbedingungen abgestimmt wird, um ihre Niederträchtigkeit kennen zu lernen und dagegen Stellung zu nehmen. Auch andere Bergarbeiterführer äußerten, daß die Regierungsvorschläge unannehmbar seien und zurückgewiesen werden müßten. Gegen die Anempfehlung der Regierungsvorschläge stimmten in der Delegiertenkonferenz die Delegationen von Südwales, Yorkshire, Nottinghamshire und Forest of Dean.

Wie jetzt bekannt wird, sehen die Regierungsbedingungen außer der bekannten Arbeitszeitverlängerung, Lohnkürzung und Ausschaltung zentraler Verhandlungen auch eine Massenmaßregelung der Bergarbeiter vor. Die Bergarbeiterführer berechnen, daß im Falle der Einführung der Achtstundenschicht mindestens ein Viertel der bisher beschäftigten Bergarbeiter, d. h. über 200 000, in die Armee der ständigen Arbeitslosen einreiht werden.

Nach den heute morgen vorliegenden Meldungen kann jedoch damit gerechnet werden, daß die Bergarbeiter diese Kapitulationsbedingungen mit Mehrheit ablehnen werden, und daß es den rechten Verrätern nicht gelingen wird, die Streikfront der Bergarbeiter zu brechen. Die Tatsache der beabsichtigten Maßregelung von etwa 200 000 Bergarbeitern wird heute morgen durch bürgerliche Telegraphenagenturen bestätigt. Diese Arbeitslosen sollen, wie die Telunion bemerkt, berechtigt sein, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen. Dadurch würde der Arbeitslosenfonds, der bereits eine Verschuldung von 19 Millionen Pfund aufweist, um weitere 200 000 Pfund wöchentlich belasten. Es ist jedoch, wie bereits erwähnt, zu erwarten, daß die Bergarbeiter die Absichten der Bergherren zunichte machen und die Regierungsvorschläge ablehnen und den Kampf, der sich seit infolge der einsetzenden kalten Jahreszeit für die Bergarbeiter günstig gestaltet, bis zum endgültigen Sieg fortführen.

Der Exkronprinz erregt öffentliches Aergernis

Die Schupo steht stramm

Berlin, 18. Nov. (Eig. Bericht.)

Die Kommunistische Partei hat im Preußischen Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Wiederholt ist es in letzter Zeit in Berlin vorgekommen, daß der ehemalige Kronprinz durch die Polizei, im Gegensatz zu der Verkehrsregelung, eine bevorzugte Behandlung erfahren hat. Als dieser Herr kürzlich das Sechstagerennen in Berlin besuchte und hierbei in unerhörter Weise das Elend der Mehrheit der Berliner Bevölkerung verspottete, ertönte bei der Auffahrt der Ruf: „Der Kronprinz kommt, Straße frei!" Der vor dem Sportpalast dienstführende Schupoleutnant schlug die Hacken zusammen, stand stramm und salutierte vor dem Exkronprinzen, dessen Wagen unter Absperrung des übrigen Verkehrs besonders durchgelassen wurde. Wenige Tage später ereignete sich ein ähnlicher Vorfall in der Berliner Friedrichstadt. Durch sein herausforderndes Benehmen verursachte der Exkronprinz einen Menschenauflauf. Auch hier erfolgte eine bevorzugte Behandlung durch einen Polizeioffizier, dessen Servilität gegenüber dem Hohenzollern unter der Bevölkerung große Erregung hervorrief.

Wir fragen das preußische Staatsministerium, ob es weiterhin dulden will, daß republikanische Polizeibeamte zur persönlichen Dienstleistung für den Exkronprinzen kommandiert werden, daß monarchistische Polizeioffiziere den ehemaligen Kronprinzen mit besonderer Bevorzugung hinsichtlich der Einhaltung der Verkehrsregeln in Berlin oder in anderen Orten Preußens behandeln können, oder aber, ob nicht die Regierung durch den Berliner Polizeipräsidenten Anweisung geben lassen will, den Exkronprinzen bei nochmaligem skandalösen Herausfordern der Bevölkerung wegen „Erregung öffentlichen Aergernisses" und wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit" zu verhaften."

Ueber den betreffenden Vorfall in der Friedrichstadt berichtete die „Welt am Abend":

„In der Friedrichstraße spielte sich ein erregter Vorfall ab. Vor dem Hause des Schneiderateliers Hermann Hoffmann, Friedrichstraße 51, Ecke Zimmerstraße, fuhr gegen ein Uhr ein

rotbraunes Luxusauto vor, das mit den Wimpeln des ehemaligen Herrscherhauses geschmückt war, während am Steuer ein Chauffeur in Hohenzollernlivree saß.

Das Auto zog rasch die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich. In kürzester Frist hatten sich Hunderte von Personen angesammelt, die das Auto umringten und eine bedrohliche Haltung einnahmen. Als etwa eine halbe Stunde später der Exkronprinz in Begleitung seines ältesten Sohnes aus dem Hause kam und im Tänzelschritt seinen Luxuswagen besteigen wollte, brach der Zorn der erregten Menge gegen ihn los. Aus Hunderten von Kehlen ertönten stürmische Protestrufe, wie:

„Nieder mit dem Massenmörder!"

„Etappenheld von Charleville!", „Was machen deine französischen Weiber, du Hurenbock?", „Faulenzer!", „Tagedieb!", „Du stiehlst dem Volke die Millionen!", „Fürstlicher Spitzbube!" u. a. m.

Der Exkronprinz reagierte auf die Zurufe durch

frisches und herausforderndes Lachen,

bestieg seinen Wagen und versuchte davonzufahren. Da aber der Verkehr um dieser Stunde in der Friedrichstraße ziemlich lebhaft ist, konnte sich das Auto nur langsam fortbewegen. Ein Schwarm von Menschen stürmte schreiend und johlend hinterdrein, und als das Automobil an der Ecke der Leipziger Straße längere Zeit halten mußte, hatte die Menge inzwischen den Wagen eingeholt und bereitete dem Exkronprinzen hier von neuem stürmische Ovation, in der noch einmal alle Wut zum Ausbruch kam, die sich gegen die Hohenzollern im Volke aufgespeichert hat. Es hätte nicht viel gefehlt, und der Exkronprinz hätte eine

gehörige Tracht Prügel

bekommen.

Aber da erschien als Retter in der Not — ein Schupooffizier! Er eilte im Laufschritt über den Damm, schlug die Hacken zusammen, salutierte vor dem Etappenhelden und ließ, trotz der gesperrten Straße, den Weg für das exkronprinzliche Auto freimachen. Es raste wie wild davon, nicht ohne daß vorher der Exkronprinz dem Schupooffizier seinen Dank für die untertänigste Hilfe durch einen kräftigen Händedruck abgestattet hätte.

Es dauerte noch lange, ehe sich die Erregung der Menschenmenge legte. Der Zorn richtete sich nunmehr gegen den Schupooffizier, der sich zu einem Untergebenen des Exkronprinzen gemacht hatte und ihm auch noch auf der Straße Vorrechte einräumte, die einem anderen Bürger nicht zukommen."

Soweit der Bericht der „W. a. A.". Wir verzeichnen an anderer Stelle die Zusammenhänge zwischen den Hohenzollernumtrieben und höchsten Stellen der Republik. Es ist klar, daß die preußische Regierung, die Wilhelms Aeltestem das Geld für sein Treiben zuschanzt, nicht jetzt energische Maßnahmen gegen ihn ergreifen wird. Aber schließlich sind die Arbeiter auch noch da.

Der Putschplan des Kapitäns Ehrhardt

Die „Münchener Post" ist in der Lage, das bisher unbekannt gewesene Aktionsprogramm des Kapitäns Ehrhardt aus dem Herbst 1923 zu veröffentlichen. Ehrhardt, der heute gemeinsam mit Seldte als Führer des Stahlhelms auftritt, hatte seinerzeit die Absicht, in der Deckung durch Kahr und mit Unterstützung von bayrischen Staatsgeldern sein Putschprogramm durchzuführen. Mit Kahr im Süden und mit den Alldeutschen um Claß im Norden, der Hilfe des Landbundes sicher, wollte er sein Programm verwirklichen.

Im Teil 2

seines Putschprogramms heißt es:

„Kompromiß mit Knilling und Parteibonzen (mit letzterem öffentliche Kompromisse!) ablehnen. (Knilling war seinerzeit bayrischer Ministerpräsident. D. Red.)

Knilling unter Gefecht setzen. Presse der bayrischen Volkspartei hinter sich zwingen durch scharfe Pressezensur. Ihre Angriffsrichtung gegen Hitler heben.

Kahr sich bewaffnete Macht schaffen: a) RW (Reichswehr), die noch frisch verpflichtet, schwarzweißrote Kokarden geben. b) Bezirksämter zur sofortigen Förderung der hinter Kahr stehenden Verbände anweisen. c) Diese Verbände aufrufen unter Firma Grenzschutz. d) In öffentlicher Erklärung an die Polizei- und Verwaltungsbehörden Ruhr festlegen, daß er mit seiner Macht hinter diesen Verbänden und ihren Zielen steht. e) Große Propaganda durch Pressechefs, durch Aufrufe an das deutsche Volk — an den deutschen Bauern, an die deutsche Reichswehr — im Aufruf sich festlegen, daß Bayern gewillt ist, die deutsche Frage aktiv zu lösen. Redner bezahlen, die obiges in Versammlungen vermitteln (völkisch-christlich). Bayern gegen den Weimar-Berliner Zentralismus. Durch Flugzeuge usw. durch Presse Extrablätter versenden nach Norddeutschland; Postbezieher (der M. n. N., M. N. N. usw.) gemäß der beim WK 7 erhältlichen Rangliste an alle deutschen RW-Offiziere; außerdem stellen wir unsere Organisation zur Verfügung, einschließlich Organisation Claß, Landbund usw."

Aus all dem geht hervor, daß nicht Kahr der führende Politiker beim sogenannten „trockenen" Putsch mit Hilfe der bayrischen Staatsgewalt war, sondern Ehrhardt und seine Hintermänner. Ehrhardt hat immer politisch eine Zwischenposition zwischen den Deutschnationalen und Deutschvölkischen bezogen, etwa dem völkisch-alldeutschen Flügel der Deutschnationalen (Claß, Sodenstern usw.) entsprechend. Daher versuchte er auch im Herbst 1923 — mit Hitler um die entscheidende Führerrolle konkurrierend — seinen eigenen Plan zur Durchführung zu bringen. Durch Hitlers Losschlagen im Bürgerbräukeller geriet der ganze Plan auch von Ehrhardt durcheinander.

Ueber diesen Plan heißt es — nach einer näheren Schilderung des Auftretens der Rolle des Exkronprinzen Rupprecht von Bayern — im Ehrhardt-Putschprogramm u. a.:

Teil 3.

„Bayrische Division darf nicht bayrische Verbände zerschlagen wollen. Kahr braucht den Sturmtrupp der vaterländischen Kampftruppen, also uns, um sich vor Faits accomplice (fertige Tatsachen) stellen zu lassen, die er sich wünscht, und dazu sind wir bereit — erwarten aber, daß er 2 durchführt — uns aufruft in unserer ganzen Stärke und uns nach militärisch nicht hängen läßt, sondern von Fall zu Fall hinter uns stellt (er schafft sich ja jeden Fall durch uns selbst — mehr wollen wir nicht!) — Ziel!!!

Geld schaffen, drucken oder Gelder leihen oder beschlagnahmen.

Bei Mißtrauensvotum Landtag zwecks Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die durch Austrag der politischen Meinungsverschiedenheiten im gegenwärtigen Zeitpunkte gefährdet wird, vertagen — offizielle Feststellung, daß nur der Generalstaatskommissar zu befehlen, verordnen usw. hat und daß Regierung bis zur Wiederherstellung geordneter Zustände lediglich Verwaltungstätigkeit ausübt — Pressezensur. KPD (auch SPD?), da staatsgefährlich, verfolgen und bei schweren Strafen verbieten... Bayrische Reichswehr zur Waffen-, Munitions- und Materialabgabe an die unter der Firma Rotpolizei und Grenzschutz aufgebotenen Verbände veranlassen. Bayrische Reichswehr fällt ja nie in dem Maße, als sie schwarze Waffen, Ausrüstung usw. besitzt, auf, denn die Leute von uns bleiben bei uns."

Ueber die Wirkung des Putsches und seinen Sieg im Reichsmaßstab heißt es im 4. Teil:

„Daß Wirkung von Brigade im Reich erfolgt, ist sichergestellt — acht Diktaturbezirke. Funktionsunfähigkeit der Reichsregierungsstellen wird sichergestellt. — Angriff bleibt inoffiziell. Bayerns Einmarsch mit Sipo und RW ist immer berechtigt mit Befreien bayrischer Nordgrenze von sozialistischem Druck. Weiter braucht Kahr offiziell nicht gehen — weitergehen ist nur offiziös — bis wir Sieg haben — dann wieder offiziell alles auf Kahrs Kappe."

Kein Mensch, der diese Zustände in unserer famosen Republik kennt, wird etwa auf die kindliche Idee kommen, daß dieser Kapitän Ehrhardt wegen solcher Pläne einen Hochverratsprozeß angehängt erhielte. Der Oberreichsanwalt Werner aber will heute noch den Prozeß gegen das ZK der KPD wegen der Oktobervorgänge im Jahre 1923 zurückführen. Die Klassenjustiz verhängt seit Jahren die schlimmsten Schandurteile wegen Taten von revolutionären Arbeitern, die meist der Abwehr der faschistischen Kampfpläne von Ehrhardt und Hitler galten. Die „Münchener Post" stellt fest, daß die Zentralstelle des „trockenen Putsches" noch heute existiert, und zwar wie damals:

unter Führung des Generals von Below und des Prinzen Oskar von Hohenzollern. Dort lag die illegale militärische Leitung.

Wir irren uns sicher nicht, wenn wir auch dort die Zentralstelle für die Putschvorbereitungen von Claß, Major Sodenstern und Oberst von Lud. (Wikingbund und Olympia) in diesem Frühjahr vermuten. Interessant wäre es auch, in der Oeffentlichkeit die

Fäden aufzuzeigen, die von dort in das Bureau des Reichspräsidenten, zu dessen Sohn Major von Hindenburg, führen.

Aufstand in Java dauert an

Haag, 18. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

Aus einem Telegramm des Generalgouverneurs von Java geht hervor, daß der Aufstand noch anhält. In der Regentschaft Pantoelang sei die Bevölkerung zu einem heftigen bewaffneten Aufstand übergegangen. In Labrean hat sich die Lage für die Regierung nach ihrem eigenen Bericht nur wenig verbessert. Die Telephonverbindungen sind noch unterbrochen. Die Stadt ist von den Regierungsanhängern verlassen.

Vertrauensvotum für Poincaré

Paris, 18. November. (Eigener Drahtbericht.)

Poincaré hat sich in der Kammer zwei neue Vertrauensabstimmungen mit 365 gegen 150 Stimmen und mit 365 gegen 151 Stimmen geholt.

Um das Schundgesetz

Die Haltung der SPD

Am nächsten Montag beginnt im Reichstag die große außenpolitische Aussprache, die etwa bis Mittwoch dauern wird. In der zweiten Hälfte der nächsten Woche wird dann das

Schund- und Schmutzgesetz

zur Debatte stehen. Obwohl dieses Gesetz bis weit in die bürgerliche Presse hinein schärfste Ablehnung gefunden hat, glaubte der Reichsinnenminister Külz in einer der letzten Reichstagssitzungen doch für die Annahme dieses Gesetzes eine

Mehrheit „auch nach links"

in Aussicht stellen zu können. Es wird die Aufgabe aller proletarischen Organisationen, nicht nur der politischen Parteien, sondern auch besonders der proletarischen Kulturorganisationen, wie Freidenker, Naturfreunde usw. sein, den Massenprotest gegen diese beabsichtigte Unterdrückung der proletarischen Literatur und Presse zu verstärken. Der Druck muß so stark werden, daß die SPD trotz aller Koalitionsverhandlungen es nicht wagen kann, in dieser Grundfrage proletarischer Politik

gegenrevolutionäre Kompromisse zu machen.

Eine Reichstagsliste Urbahns-Tiedt-Katz-Scholem

Im Reichstag hat sich ein neues Grüppchen gebildet. Seit zwei Tagen liegt dort eine Liste von Abgeordneten auf, die sich „Linke (?) Kommunisten" (?) nennen. In dieser Liste zeichnen sich folgende Diätenempfänger ein: Frau Gohlke (Ruth Fischer), Katz, Korsch, Schlagewerth, Solem, Schwan, Schwarz, Tiedt und Urbahns.

Katz, Urbahns, Ruth Fischer in einer Front mit Herrn Tiedt, der so „entschieden links" war, daß er nicht nur bis zu seinem Ausschluß alle Beschlüsse der Zentrale aus Unitarierfeindschaft akzeptierte, der auch für die Creme der Kurfürstendamm-Bourgeoisie das Blättchen „Die Ehelosen" herausgab. Nichts charakterisiert dieses neue Grüppchen mehr als ihre Zusammensetzung. Wo bleiben nun die stundenlangen Lamentationen Urbahns' und Ruth Fischers' wenn sie in Parteiveranstaltungen Stein und Bein schworen, nichts mit Korsch und Katz zu tun zu haben? Sie sind als freche Lügner entlarvt. Herr Tiedt gibt sein Kurfürstendamm-Blättchen weiter heraus, um sein Portemonnaie zu füllen. Scholem wird dazu seinen Friedensspruch sagen und alle werden sich noch eine kleine Weile aufpulstern, bis die nächste Reichstagswahl ihre letzten Spuren verweht hat.

Wie es einem Rathenaumörder im Gefängnis der deutschen Republik ergeht

Hamburg, 18. Nov. (Eig. Bericht.)

Unser Hamburger Bruderblatt berichtet über die Zustände im Gefängnis Neumünster. Dort ist der Komplize der Rathenaumörder, der Oberleutnant Brandt, der das Mordauto lenkte, untergebracht, um seine vier Jahre Gefängnis abzumachen. Täglich unternimmt nun dieser Herr Strafgefangene in Begleitung des Gefängnisdirektors seine umfangreichen Spaziergänge außerhalb des Gefängnisses. Es ist gelungen, diese denkwürdigen Ausgänge auf der photographischen Platte festzuhalten.

Die Zelle des Brandt ist in ein kurioses Schlafzimmer umgestaltet. In einem bequemen Bett mit weicher Daunendecke darf sich der Oberleutnant ausruhen, wenn er nach seinen verschiedenen Vergnügungen abends dorthin zurückkehrt.

Tagsüber beschäftigt sich Brandt u. a. mit Scharfschießen und nimmt auch wacker an den Uebungen der dortigen Rechtsorganisationen teil, von denen er als Held und Vaterlandsretter verehrt wird. Mit allen Gefängnisbeamten steht Brandt auf dem Duzfuß. Als in Stadtland der „Ball der Gefängnisbeamten" stattfand, war Oberleutnant Brandt dort selbstverständlich gern gesehener Ehrengast, der fleißig das Tanzbein schwang. Ohne jeden Zwang empfängt er täglich Besuche, und seine Frau bleibt manche Nacht in seiner Zelle, lies: in dem luxuriösen Schlafzimmer. Das Idyll von Neumünster ist so herrlich, daß es in einem Film festgehalten werden sollte.

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterstimme

Nr. 257
2. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Gemeindeparlamente und Kongreß der Werktätigen

Die Wahlen am vergangenen Sonntag haben in einer großen Zahl sächsischer Gemeinden proletarische Mehrheiten gebracht. Überall ist der Einfluß der Kommunisten erheblich gestiegen. So gewinnt die Frage des Zusammenhanges zwischen dem Werktätigenkongreß und der proletarischen Kommunalpolitik gerade für Sachsen eine besondere Bedeutung. Eine der wichtigsten Tatsachen, die wir während der ganzen Kampagne zur Vorbereitung des Werktätigenkongresses verzeichnen konnten, ist das Interesse der Gemeindevertretungen für den Kongreß. Wenn es nach den Wünschen der Bourgeoisie und der verbürgerlichten SPD-Bureaukratie gegangen wäre, so hätten allerdings nur Gemeindevertretungen mit kommunistischer Mehrheit die Delegation oder Entsendung von Vertretern mittels Berichterstattung beschlossen. Dann hätte man im Chor schreien können, daß der „kommunistische Bluff" keinen Erfolg aufweisen konnte.

Die Wirklichkeit hat durch die Rechnung des Großkapitals einen dicken Strich gezogen. Bisher haben schon eine ganze Reihe von Gemeindeparlamenten, darunter so große wie das von Düsseldorf, und von der großen Berliner Vorstadt Spandau, die Beschickung des Kongresses beschlossen. Und das Interessante und neue ist dabei, daß die Gemeindeparlamente parteilose Vertreter der Gewerbetreibenden, kleine Kaufleute, Landwirte zum Kongreß entsenden. Dies ist insbesondere auch bei den Delegierten zur Landeskonferenz der Werktätigen Mitteldeutschlands der Fall. Die Teilnahme von sozialdemokratischen Gemeindevertretern als Delegierte ist im Gegensatz zu anderen Bezirken noch sehr gering, jedoch haben sich die SPD-Gemeindevertreter in den meisten Fällen an der Wahl beteiligt.

Die Not der Gemeinden, vor allem der kleinen Gemeinden, ist groß. Die Auspowerung der werktätigen Elemente trifft unmittelbar auch die Gemeinden.

Ganze Kommunen werden Opfer der Nationalisierung.

Es hieß es erst vor kurzem in einer Meldung bürgerlicher Herkunft, daß die Massenentlassung im Messingwerk Rothenberg den finanziellen Ruin der Gemeinde mit sich bringen müßte. Ähnliche unbekannte Tragödien spielen sich ab in den Gegenden, wo das Chemiekapital auf Kosten der Werktätigen seine neuen Werke errichtet. Ganze Gemeinden werden sogar mit der Vernichtung im wörtlichen Sinne bedroht.

Das Großkapital führt aber den Krieg gegen die Gemeinden in erster Linie nicht direkt, sondern indirekt, das heißt mittelbar, durch das Werkzeug der kapitalistischen Herrschaft: durch den Staat. In dieser Beziehung ist es die finanzielle Drosselung der Gemeinden, das Mittel, um eine Gemeindepolitik, die im Interesse der Werktätigen wirken will, auf Schritt und Tritt zu verhindern. So müssen zur selben Zeit, wo einem Wilhelm Millionen in barem Gelde ausgezahlt werden, die Gemeinden erleben, daß die dringendsten Maßnahmen zur Linderung der Not der Werktätigen nicht getroffen werden können, weil sie daran von oben verhindert werden. Die Gemeindeparlamente mit proletarischer Mehrheit geraten dadurch in eine schwere Lage, indem die Arbeiterschaft von ihnen die Besserung ihrer schweren Lage, zum Beispiel Beseitigung des Wohnungselends, erwartet, während jede ernsthafte praktische Maßnahme am Widerstand der staatlichen Verwaltungsbureaukratie scheitert.

Die Gemeindeparlamente schicken nun Delegierte zum Werktätigenkongreß. Das ist gut. Aber es genügt nicht. Delegierte (oder Beobachter) zu schicken, bloß um zu hören, was der Kongreß den Werktätigen zu sagen hat. Unser Reichskongreß soll ja nicht eine Nachahmung der bürgerlichen Parlamente, sondern eine

Tribüne der Werktätigen selbst

sein! Der Kongreß will auch hören, was die Gemeinden bewegt, worin die schreienden Ungerechtigkeiten, die besonderen raffinierten Formen der Ausbeutung bestehen.

Die Gemeindeparlamente müssen daher auch sachlich zum Kongreß der Werktätigen Stellung nehmen. Und gerade die Kommunalparlamente haben dazu allen Grund und haben dazu die Möglichkeit.

Was bedeutet die Rationalisierung für die Gemeinden? Wie sollen, wie können die Gemeindevertretungen gegen die Verelendung kämpfen? Eine Fülle von wichtigen Fragen. Sie können natürlich nicht durch eine einzige Kongreßtagung gelöst werden; aber der Kongreß kann eine einheitliche Grundlage für die Zusammenfassung aller Fragen und aller Kräfte schaffen. Dazu brauchen wir Material, das die Delegierten vorbereiten und dem Kongreß zur Verfügung stellen sollen. Ohne dieses Material bleibt es bei Allgemeinheiten. Das, was not tut, ist aber die Beleuchtung der besonderen, lokalen und bezirklichen wirtschaftlichen, sozialpolitischen und kommunalpolitischen Fragen.

Alle Gemeinden mit Werktätigen-Mehrheit schicken Delegierte! Alle Delegierten bringen nicht nur Mandat, sondern auch Material mit, um die Arbeit des Werktätigenkongresses besonders fruchtbar zu gestalten. Diese Lösungen müssen vor allem auch in Sachsen zur Durchführung gelangen, wo die neue proletarische Offensive bei den Gemeindewahlen so glänzende Resultate erzielte!

Die Bedeutung der sächsischen Gemeindewahl

Berlin, 17. Nov., (Eig. Drahtbericht.)

Die „Rote Fahne" schreibt zu den sächsischen und badischen Gemeindewahlen:

„Die politische Entwicklung Deutschlands steht im Zeichen der Linksbewegung der Arbeiterschaft. Die sächsischen und badischen Gemeindewahlen haben es noch deutlicher unterstrichen als die Landtagswahlen. Der Vormarsch der Arbeiterklasse unter Stärkung des kommunistischen Einflusses, Schwächung und politische Zersplitterung der Bourgeoisie. Am stärksten haben die kommunistischen Stimmen in den Industriezentren zugenommen. Aber das Ergebnis der sächsischen und badischen Wahlen zu den Gemeinden bedeutet nicht nur eine Niederlage des Bürgertums, sondern, und das in verstärktem Maße, eine politische Demonstration der Arbeiterklasse gegen die Politik der Sozialdemokratie. Die Regierung der Bourgeoisie im Reich ist eine Minderheitsregierung, die nicht einmal die parlamentarische Mehrheit besitzt. Die Beseitigung der kapitalistischen Minderheitsregierung im Reich ist als eine unmittelbare und aktuelle Aufgabe der Linksbewegung durchzusetzen."

Zu den Wahlen in Sachsen schreibt die „Rote Fahne" dann weiter:

„Die Arbeiterschaft kann sich in den kommenden Kämpfen auf Grund der letzten Wahlen auf zahlreiche neue Positionen stützen. In Sachsen und in Baden ist eine ganze Reihe neue proletarische Mehrheiten in den Stadtparlamenten entstanden, denen gerade jetzt außerordentliche Bedeutung zukommt .... Die KPD wird genau so wie bei der Regierungsbildung in Sachsen den sozialdemokratischen Führern Gelegenheit geben, zu beweisen, ob sie diese Positionen im Interesse der Arbeiterklasse auszunützen gewillt sind. In den Stadtparlamenten haben die kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheiten vor allem die Aufgabe, die Forderungen der Erwerbslosen anzuerkennen und durchzusetzen. Nichts ist charakteristischer für die linken sozialdemokratischen Führer, die in Sachsen 700 000 Stimmen der Arbeiter unter der Losung des Kampfes gegen die Koalitionspolitik gesammelt haben, als daß sie die „Krisenfürsorge" der Reichsregierung, die Hunderttausende von Erwerbslosen völlig rechtlos macht, genau so wie die Koalitionspolitiker des Reiches bedingungslos verteidigen und zu ihrer machen. Die kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheiten geben die Möglichkeit, alle Forderungen der Erwerbslosen zu erfüllen. An der Stellung zu diesen Forderungen werden die Arbeiter auch über die Politik der linken sozialdemokratischen Führer zu richten haben."

Abrechnung mit der SPD

Ein bezeichnendes Dokument

Vorwärts
Berliner Volksblatt
ZENTRALORGAN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS
PROPAGANDA-ABTEILUNG

Berlin SW 68, 9. 11. 1926, Lindenstraße 3

Betreff: H.1./N.
Bei Antwort angeben

Herrn

Georg Leu,

Berlin 9.112.
Voxstr.2

G. G. Wir gestatten uns, auf Ihre Zuschrift zurückzukommen, aus der wir mit Bedauern ersehen, dass Sie den „Vorwärts" infolge der Stellungnahme der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zur Fürstenabfindung abbestellt haben.

Meinungsverschiedenheiten über die Taktik der Partei hat es seit Bestehen derselben gegeben. In einer Partei von 8 000 000 Wählern werden Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg nie zu vermeiden sein. Eines jedoch war früher unmöglich, dass aus Verärgerung über taktische Fragen der sozialdemokratischen Politik eine Abbestellung des Parteiorgans erfolgte! Die Bestrebungen und das Ziel der sozialdemokratischen Partei und des „Vorwärts" werden durch taktische Massnahmen einer parlamentarischen Körperschaft nicht berührt.

In der Frage der Fürstenabfindung glaubte die Landtagsfraktion nicht gegen den Vergleich stimmen zu können, da eine solche Stellungnahme nach Lage der Dinge nur eine leere Demonstration dargestellt hätte, als durch die Geschlossenheit der bürgerlichen Parteien die Annahme des Vergleichs auf alle Fälle sicher war. Diese Demonstration hätte aber den Sturz der Linksregierung und Besetzung der wichtigsten Ministerien durch die Rechtsparteien zur Folge gehabt. Fest steht auch, dass bei nicht zustandekommen eines Vergleichs nach der „Rechtslage" den Hohenzollern durch die Gerichte nach bedeutend höhere Werte zugesprochen worden wären.

Wir hoffen, dass Ihre augenblickliche Verstimmung ruhiger Erwägungen Platz machen wird und Sie die Abbestellung wieder zurücknehmen. Geben Sie uns auf beiliegender Karte Bescheid, ob und wann wir die Lieferung wieder aufnehmen können.

Mit sozialistischem Gruss

Vorwärts-Verlag

Der vorstehende Brief, den der „Vorwärts"-Verlag in Massenauflage verbreitet, beweist, wie die sozialdemokratischen Arbeiter auf den Verrat der SPD reagieren. Die Abbestellungen des „Vorwärts" gehen in die Tausende. Der Brief ist noch aus einem anderen Grunde interessant. Nachdem der „Vorwärts" versucht hat, die Bewilligung der 250 Millionen für Wilhelm mit „Meinungsverschiedenheiten über die Taktik" abzutun, schreibt er: „Eines jedoch war früher unmöglich, daß aus Verärgerung die Abbestellung des Parteiorgans erfolgte." Der „Vorwärts" hätte zufügen müssen, in so unerhörter Anzahl. Denn sonst hätte der Verlag schwerlich zu diesem Beschwichtigungsbrief gegriffen. Die Veröffentlichung seines Schreibens in Originalform durch die kommunistische Presse ist dem „Vorwärts" sehr in die Knochen gefahren. So schwindelt er, es seien nicht so sehr viel Exemplare davon verbreitet worden. Wer wird ihm glauben? Daß aber die Arbeiterschaft den SPD-Führer-Verrat in dieser Weise beantwortet, kennzeichnet am besten die zunehmende Ablehr der Arbeiter von der SPD. Aber — nicht genug mit dem Hohenzollernraub — hat die SPD inzwischen den ungeheuerlichen Verrat an den Erwerbslosen begangen, ist in den Armen der — zunächst „Stillen" — Großen Koalition gelandet und bereitet sich sogar im „linken" Sachsen ganz offen zur Koalitionspolitik vor. Die „Zufriedenheit" der Arbeiter mit der sozialdemokratischen Politik ist also gleichfalls im Steigen begriffen. Was auf den „Vorwärts" zutrifft, läßt sich mit demselben Recht von der „Dresdner Volkszeitung" sagen. Genau so wie das Zentralorgan der SPD hat auch das Dresdner Blatt des Sozialverrats sich doppelt und dreifach die Verachtung der Arbeiterschaft verdient. Wie in Berlin, muß auch in Sachsen der Ruf lauten:

Schluß mit der Politik des Verrats!

Heraus aus der SPD!

Hinein in die KPD!

Das Postauto im Straßengraben. Infolge dichten Nebels ist das zwischen Glauchau und Waldenburg verkehrende Postauto von der Chaussee in den Straßengraben gefahren. Die Insassen kamen mit dem Schrecken davon.

Verkehrsunfälle in Chemnitz. Im Laufe des gestrigen Vormittags ereigneten sich zwei Straßenunfälle. Auf dem Antonsplatz wurde ein etwa 25 Jahre alter Radfahrer von einem Kraftwagen angefahren. Das Auto fuhr über den zu Boden Gerissenen hinweg, so daß der junge Mann sofort tot war. — In der Annaberger Straße scheuten die Pferde eines Geschäftswagens, der gegen eine Straßenbahn geschleudert wurde; der Geschirrführer wurde dabei so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

Eine geisteskranke Mörderin. Die Bluttat der Sozialrentnerin Berta Thiele, die am 12. April dieses Jahres in ihrer Wohnung den 5jährigen Gerhard Schultheiß auf grauenhafte Weise ermordete, wird ungesühnt bleiben, da die ärztlichen Sachverständigen die Mörderin für unzurechnungsfähig erklärt haben. Auf Grund dieses Gutachtens hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt und die Unterbringung in der Landesanstalt Großschweidnitz veranlaßt.

Von seinen Pächtern erschlagen. Wie erst jetzt festgestellt wurde, ist der am 1. November verstorbene Rentenempfänger Volz in Preußisch-Holland von seinen beiden Pächtern erschlagen worden, weil er in betrunkenem Zustande die Sachen der Pächter zertrümmern wollte. Die Pächter wurden verhaftet.

Neues aus aller Welt

Bürgermeisterwahl in Brand-Erbisdorf. Das Stadtverordnetenkollegium wählte mit neun kommunistischen und sozialdemokratischen Stimmen gegen sechs bürgerliche Stimmen Bürgermeister Schönert, Pesterwitz zum Bürgermeister der Stadt Brand-Erbisdorf.

Unregelmäßigkeiten bei der Stadtverwaltung Geyer. Seit einigen Tagen befinden sich hier einige Beamte der Kreishauptmannschaft zur Aufklärung gewisser Unregelmäßigkeiten in der hiesigen Stadtverwaltung. Es soll sich um falsche Besoldungseinstufungen und Liquidationen für angebliche Dienstfahrten handeln, doch sind, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, nähere Einzelheiten nicht zu erfahren.

Dresden

18. November 1922: Flucht des türkischen Sultans Mehmed V. aus Konstantinopel. — 1918: Admiral Kolschak Diktator in Omsk. Proklamierung der demokratischen Republik in Lettland. **Kampfansage des Bremischen Arbeiter- und Soldatenrates an die Berliner Regierung.** Bildung der sozialpartei-lichen Regierung Moraczewski in Polen.

Das Krankenhaus

Von Spiegel.

In dem großen Gebäude ist ein emsiges Leben. „Nur" ein paar hundert Kranke liegen drin. Täglich kommen neue, alles ist überfüllt — der Arzt drängt auf Entlassung. Was halbwegs kriechen kann, „fliegt" raus. Platz wird gebraucht!

Zeit ist kostbar!

Immer größere Massen Kranker speit die kapitalistische Tretmühle aus — — —

Die Unfälle steigern sich ins wahnsinnige! Zahllos sind die Lungenkranken, Unterernährten und Nervenkranken ...

Dawespolitik!

Die Kunst der Aerzte versagt. „Mehr Ruhe und besseres Essen" „verordnen" sie — mehr Ruhe — besseres Essen! Wovon? Der ganze Wochenverdienst für einen Verheirateten mit 3 Kindern beträgt 28 Mark ...

Mit dem Vermerk „gebessert" werden sie entlassen — wie lange?

Platz wird gebraucht!

Und das alles nennen sie „soziale Fürsorge" ...

Unverändert!

Nach einem Bericht des Oeffentlichen Arbeitsnachweises Dresden und Umgegend erfuhr die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 7. bis einschließlich 13. November keine wesentliche Veränderung. Der Bestand an Arbeitsuchenden verringerte sich um 58 auf 29 708 (29 766). Es standen 2261 Neumeldungen von Arbeitsuchenden 2319 Abgänge durch Vermittlung und Selbstabmeldung gegenüber. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge wurden insgesamt 32 972 (32 493) Personen unterstützt, und zwar 19 615 (19 241) Vollerwerbslose, 12 308 (11 996) Zuschlagsempfänger und 1048 (1256) Kurzarbeiter. Die Zahl der nichtunterstützten Kurzarbeiter verringerte sich auf schätzungsweise 4000 (4600).

Neuwahl der Schöffen. Nach einer Verordnung des Ministeriums der Justiz gilt die hier amtlich geführte Wahlkartei als Urliste für die Auswahl der Schöffen auf das Jahr 1927. Diese Kartei liegt vom 18. bis mit 20. und vom 22. bis mit 25. November 1926 im Wahl- und Listenamte, Landhausstraße 17, Erdgeschoß, öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Eine beglaubigte Abschrift der für die Berufung zum Schöffen- und Geschworenenamte maßgebenden gesetzlichen Bestimmungen kann ebenda eingesehen werden. Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Kartei können innerhalb derselben Zeit erhoben werden.

Haltestellen-Veränderung auf der Straßenbahnlinie 6. Auf der Linie 6 in Räcknitz ist die Haltestelle Mommsenstraße eingezogen und dafür rund 150 Meter weiter landwärts eine neue Haltestelle am Kandelaber 56 mit der Bezeichnung „Friedrich-Wilhelm-Straße" errichtet worden.

Haltestellenveränderungen auf den Linien 9, 11, 13 und 14. Am Donnerstag, den 18. dieses Monats werden folgende Haltestellenveränderungen vorgenommen: 1. Die Haltestellen Poisnitzer Löwenstraße, sowie Radeberger Forststraße der Linien 9, 11 und 13 werden eingezogen. Dafür werden an der Martin-Luther-Straße und auf der Bautzner Straße landwärts vor der Einmündung der Forststraße neue Haltestellen errichtet. 2. Die Haltestelle Torgauer Straße der Linie 14 auf der Bautzenerstraße wird an die Straßenkreuzung Bautzner-Oschatzer-Straße verlegt.

Vorübergehende Straßenbahnumleitung. In der Nacht vom 18. zum 19. dieses Monats von 1 bis 5 Uhr früh werden wegen Gleisbauarbeiten am Freiberger Platz die Linien 7 und 20 zwischen Tharandter Straße und Pohlplatz über Löbtauer Straße und Wettinerstraße und umgekehrt umgeleitet.

Wegen Straßendeckenbesserung wird die Rothermundtstraße zwischen Rosenberg- und Bodenbacher Straße vom 22. November dieses Jahres ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

In der Wunderwelt der Färber. Ueber dieses Thema spricht am Donnerstag, 18. Nov., 8 Uhr in den „Tannensälen" Herr Mag. phil. Carl Küchler, Brünlos, für die Ortsgr. Pirna des T.-V. „Die Naturfreunde" in einem öffentlichen Lichtbildervortrag. Die Eintrittspreise: 60 Pf. für Erwachsene, 30 Pf. für Erwerbslose und Jugendliche ermöglichen es einem jeden, einmal etwas Schönes zu sehen.

Aus Ostsachsen

Freital. Erwerbslosenausschüsse des Arbeitsnachweises Freital. Am Freitag, den 19. November, findet nachm. 2 Uhr, im Döbelner Hof eine Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: Endgültige Stellung zum Kongreß der Werktätigen. (Sammellisten mitbringen.)

Freital. Seit Jahren wurde in Freital kein Wahlkampf mit solcher Heftigkeit geführt, wie der letzte. Das Bürgertum machte verzweifelte Anstrengungen. Es wollte neue Eroberungen machen. Das proletarische Uebergewicht ist ihm ein Dorn im Auge. Riesige Propaganda betrieben die Hakenkreuzler unter der Führung von Klotz. Auch die Liste der Industriellen mit Herrn Enke an der Spitze und der Wirtschaftsverband unter Führung des Malermeisters Halm verpulverten Millionen in Wahlmaterial. Was sich diese Gesellschaft an Verbrechungen und Schwindeleien geleistet hat, darüber wird noch besonders zu reden sein. Es hat ihnen alles nichts genützt. Die Arbeiter wehrten den Angriff ab. Es gelang weder den Hausbesitzern, noch den Rechtsradikalen oder irgendeiner anderen bürgerlichen Liste, wesentlichen Erfolg zu erzielen. **Die Gesamtmandatsziffer des Bürgertums bleibt unverändert.**

Eine geradezu vernichtende Niederlage erlitt Herr **Völkel**, und da er der Führer und der wirkliche Verantwortliche der sozialdemokratischen Gemeindepolitik in Freital war, so wurde mit seiner Niederlage zugleich auch die Antwort von den Wählern gegeben, auf die in allen Tönen gepriesene sozialdemokratische Politik. Mit Mühe und Not rettete Herr Völkel sein Mandat.

Verzweifelt kämpften die **Sozialdemokraten.** Noch wenige Tage vor der Wahl glaubten sie schon, einen entscheidenden Sieg über die Kommunisten in der Tasche zu haben. Wenn es nach dem Willen des Bürgermeisters Klimpel gegangen wäre, so sollten die Kommunisten in Freital keinen Blumentopf gewinnen und der Herr Heilbutt frohlockte nach dem Landtagswahlergebnis und verkündete, daß nur noch ein einziges Mandat zu erobern sei, um 19 Mandate der SPD zu erhalten, um dann unabhängig von Bürgertum und Kommunisten in Freital regieren zu können. Die Spekulation, mit dem Mandat der ASPS die absolute Mehrheit zu erhalten, ist gründlich daneben gegangen. Die Niederlage der Sozialdemokraten in Freital steht einwandfrei fest. Gegenüber den Reichstagswahlen vom 4. Mai verliert die SPD 531, gegenüber den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1320 Stimmen. Gemessen an den Landtagswahlen vom 31. Oktober gewinnt die SPD 162. In Wirklichkeit bedeutet das jedoch einen Rückgang, da gegenüber den Landtagswahlen die Wahlbeteiligung erheblich gestiegen ist, und zwar von 82 auf zirka 90 Prozent. **Die SPD hat also aus der verstärkten Wahlbeteiligung so gut wie keinen Nutzen gezogen.** Es mögen zu ihr ein Teil jener ASPS-Wähler gestoßen sein, dafür haben große Teile sozialdemokratischer Arbeiter am 14. November für die kommunistische Liste gestimmt. Bei einer eingehenden und näheren Betrachtung des Wahlergebnisses steht diese Tatsache unerschütterlich fest. Der 14. November bedeutet für die Sozialdemokratie in Freital eine schwere Niederlage. Es ist zugleich die Abrechnung der Arbeiter mit der sozialdemokratischen Gemeindepolitik. Die einzigen, die am 14. November in Freital den Erfolg für sich verbuchen konnten, das sind die **Kommunisten.** Sie haben gegenüber den Gemeindewahlen von 1924 862 Stimmen gewonnen, gegenüber der Reichstagswahl vom 4. Mai 1949, gegenüber der Reichstagswahl vom 7. Dezember 2050 und gegenüber der Landtagswahl 896. **Die Kommunistische Partei vermochte in Freital also nicht nur die Ziffern des Jahres 1924 zu erreichen, sondern sie erhöhte den Erfolg der Kommunisten vom Jahre 1924 um etwa 20 Prozent.** Das ist ein gewaltiger Erfolg. Das muß selbst die SPD-Presse zugestehen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion erhält damit von der Arbeiterschaft die Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Politik, und dieser Erfolg trotz einer ungeheuren Gegenpropaganda, trotz Lüge und Verleumdung, trotz wochenlanger Hetze der übelsten Art.

Die Kommunisten erhalten trotz des Stimmenzuwachses ihre Mandatsziffer vom Jahre 1924 und werden in Zukunft wieder mit 9 Stadtverordneten vertreten sein. Die SPD, die 1924 16 Mandate erhielt, verliert 1 Sitz an die ASPS. Die beiden Mandate von Burgk, von denen bei der Einverleibung je eins auf die SPD und KPD fiel, fallen in Zukunft fort. Das Kollegium wird also sich, wie früher, aus 37 Stadtverordneten zusammensetzen.

Betrübt stellt die „Freitaler Volkszeitung" fest, daß die Mehrheitsbildung im neuen Stadtverordnetenparlament nicht mehr so einfach wie bisher sei. Damit meint selbstverständlich die „Volkszeitung" **die Wiederherstellung der Koalition mit dem Bürgertum,** denn darüber gibt es keinen Zweifel und jeder Arbeiter begreift es, daß die Mehrheitsbildung nirgendwo einfacher ist als in Freital, wo 24 Arbeitervertreter gegen 12 Bürgerliche stehen. Die SPD braucht nur zu wollen, aber sie fürchtet, ins Schlepptau der Kommunisten zu geraten und möchte sich den Weg zum Bürgertum nicht verrammeln. Die Kommunisten werden den linken Sozialdemokraten, darauf kann sich Herr Heilbutt verlassen, im neuen Stadtparlament Gelegenheit geben, zu beweisen, ob sie bereit sind, in Freital die rote Mehrheit auszunutzen. Im übrigen dürften sich die Verhandlungen im neuen Stadtparlament bei der Verschärfung der politischen Gegensätze und mit dem Auftreten neuer Männer nicht nur temperamentvoller gestalten, sondern auch politisch [illegible]. Die Arbeiterschaft wird davon nur gewinnen können.

Weitere kommunistische Erfolge

Schandau. Die Kommunistische Partei verdoppelte nahezu ihre Stimmenzahl gegenüber der Landtagswahl von 64 auf 120 Stimmen; dadurch erhält die KPD, die bisher nicht vertreten war, 1 Mandat.

Gohrisch. Hier erhielt die Liste der Landwirte 64 Stimmen und 2 Mandate, die Hausbesitzer 56 Stimmen und 2 Mandate, die KPD 92 Stimmen und 3 Mandate und die „Arbeiterliste" 38 Stimmen und durch Listenverbindungs-Reststimmen der KPD 2 Mandate.

Reinhardtsdorf. Die kommunistischen Stimmen erhöhten sich gegenüber der Landtagswahl von 88 auf 120. Die KPD, die bisher nicht im Gemeindekollegium vertreten war, erhält jetzt 3 Mandate.

Niederpoyritz. Bei einer Wahlbeteiligung von 93 Prozent erhielt die KPD, die bisher nicht vertreten war, einen Sitz, die Bürgerlichen hielten ihre 5 Sitze, die Sozialdemokraten hielten ebenfalls 5 Mandate.

Königshain. Einen glänzenden Erfolg konnte die Kommunistische Partei bei der Gemeindewahl buchen. Ihre Stimmenzahl stieg von 73 Stimmen am 31. Oktober auf 190 Stimmen. Der ganze Ort zählt nur 672 Wahlberechtigte.

Pesterwitz. An der am 14. Nov. stattgefundenen Gemeindewahl entfielen Stimmen auf SPD 384, Bürgerliche 174, KPD 248. Das ist gegenüber der Landtagswahl ein Zuwachs von 103 Stimmen, die die SPD verlor. Sitze verteilen sich SPD 6 (7), Bürgerliche 3 (3), KPD 4 (—). Bisher war eine parteilose Liste mit 3 vertreten, die nicht wieder erschien. Die Hetze der „Freitaler Volkszeitung" nützte nichts, die Arbeiter haben entschieden. Einwohner! Werbt für die KPD und die „Arbeiterstimme".

Leppersdorf b. Radeberg. (Gemeindewahlergebnis.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindeverordnetenwahl wurden abgegeben: **Kommunistische Liste 135 Stimmen,** 3 Sitze (bisher keiner), SPD 194 St., 4 Sitze (7), Bürgerliche Liste 262 St., 6 Sitze (6). Gegenüber der Landtagswahl gewann die KPD 25 Stimmen, die SPD 6 Stimmen. Das Wahlergebnis zeigt auch hier wieder das starke Anwachsen der Sympathie für die Kommunisten.

Niederoderwitz. Die Gemeindewahlen brachten den Bürgerlichen den Verlust von einem Mandat, das die Kommunisten gewannen. Deren Stimmenzahl stieg von 172 Stimmen bei der Landtagswahl auf 262. Sie sind also mit 3 Mandaten (bisher 2) vertreten. Die SPD hielt ihre Mandate in einer Stärke von 7 Vertretern. Die „Liste der Gewerbetreibenden" mit dem Industriellen Glathe an der Spitze erhielt 7 Mandate, ein Zeichen, daß in bestimmten Kreisen hündische Ergebenheit den Ausbeutern gegenüber an der Tagesordnung ist. Der Landbund verlor von 4 Mandaten 2, die „Christen" verloren ebenfalls 2 von bisher 4 Mandaten. Die mit großem Tamtam propagierte völkische „Kriegsbeschädigtenliste" mit dem Jungbruder Fietze an der Spitze erlitt ein großes Fiasko. Sie erhielt nur 49 Stimmen. Während früher 12 Bürgerliche 9 von Arbeitern gewählten Vertretern gegenüberstanden, hat sich das Verhältnis jetzt in 10 Linke gegen 11 Rechte geändert.

Bertsdorf. Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindeverordnetenwahl war eine besonders starke Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Von 1358 Wählern waren 1102 an der Wahlurne erschienen, das sind 81,7 Prozent. Zur letzten Landtagswahl hatten nur 863 Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Verteilung der Sitze ist folgendermaßen: Liste 1 (Sozialdemokraten) 341 Stimmen, 4 Sitze; Liste 2 (Reuter, parteilos) 409 Stimmen, 5 Sitze; Liste 3 (Landwirte) 189 Stimmen, 2 Sitze; Liste 4 (Kommunistische Partei) 164 Stimmen, 2 Sitze. Das jetzige Parlament bestand wie folgt: 1. Sozialdemokraten 5 Sitze, 2. Reuter 5 Sitze, 3. Landwirte 3 Sitze. Der Erfolg liegt auf seiten der Kommunistischen Partei, die das erstemal am Wahlkampf beteiligt war und zur letzten Landtagswahl nur 119 Stimmen erhielt. Daraus ist zu erkennen, daß die Arbeiterschaft von Bertsdorf in steigendem Maße ihr Vertrauen in die Kommunistische Partei setzt, die versuchen wird, gegen die bürgerliche Mehrheit den Forderungen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen.

Königstein. In der Versammlung am 9. dieses Monats beschloß die hiesige „Freie Turn- und Sportvereinigung", am Sonntag, den 28. November, im Gasthof „Bielatal" Dittersdorf abermals ein großzügiges Bühnenschauturnen zu veranstalten. Da das im Frühjahr veranstaltete, bei welchem der Saal die Zuschauer kaum fassen konnte, noch in bester Erinnerung steht, wollen wir nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß dieses Mal mit einem vollständig neuen Programm aufgewartet wird. Die Arbeiterschaft Königsteins und der Umgebung wird gebeten, sich den Abend zum Besuch der Veranstaltung frei zu halten. Die Eintrittspreise sind auch wieder erträglich gehalten. Alles Nähere wird an dieser Stelle und im Inseratenteil bekanntgemacht.

Cunewalde. Die Bahnstrecke Cunewalde—Löbau ist in kurzer Zeit wieder in Angriff genommen worden und soll fertiggestellt werden. Zu den Arbeiten hat man erwerbslose Arbeiter eingestellt. Die Ausbeutung und Behandlung der Arbeiter ist fast unbeschreiblich. Jeden Tag erfolgen Krankmeldungen, Unglücksfälle häufen sich. Die schweren Bahnschwellen müssen im Laufschritt getragen werden, Rauchen ist bei der Arbeit verboten, vor Denunzierung (Spitzel) können sich die Arbeiter nicht retten. Unterkunftsräume (Frühstückbude) sind nicht vorhanden; Aborte ebenfalls nicht. Den ganzen Tag können die Arbeiter nichts Warmes zu sich nehmen. Wenn einer krank gewesen ist, bekommt er die Papiere. Hier wäre es Aufgabe der Gewerbeaufsicht, einzugreifen. Die Arbeitskollegen werden gut tun, sich zu organisieren und der Firma ein kräftiges Halt entgegenzurufen. Arbeiter! So führen die Unternehmer die Rationalisierung durch, wehrt euch dagegen! Schafft die Einheitsfront aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Sendet **Delegierte zum Kongreß der Werktätigen!**

Neudorf a. d. Spree. Anläßlich einer Wahlversammlung wurden für die Rote Hilfe 3,55 Mark gesammelt. Für die Ueberweisung dankt der Bezirksvorstand der Roten Hilfe.

Proletarischer Unterhaltungsabend

des Kommunistischen Jugendverbandes, Gr. Johannstadt und der Roten Jungfront, Abt. 6

am Freitag, den 19. November, abends 7,30 Uhr im „Reißiger Hof", Reißiger Straße 70

Musik — Rezitationen — Theateraufführung — Aussprache

Eintritt 20 Pfennig **Einlaß 6,30 Uhr**

Arbeitersport

Fußball

1. Klasse:

Löbtau 1—Heidenau 1 4:2 (2:1).

Beide Mannschaften aufgeregt. Die Löbtauer zeigen sich als die Besseren. Der Sieg war voll verdient. Auffallend war die harte und laute Spielweise von Heidenau.

Helios 1—Potschappel 1 0:5 (0:3).

Flottes, scharfes Spiel. H. wird durch Unfall um zwei Mann geschwächt. Dadurch ist Potschappel im Vorteil. Der Platzherr hat viel Pech im Schuß; unter anderem wurden zwei Elfmeter verschossen.

Deuben 1—BfR Riesa 1 6:3 (4:1).

Eine etwas zu hohe Niederlage mußten sich die Gäste gefallen lassen. Durch ihre Schnelligkeit waren sie den technisch besseren Freitalern gleichwertig.

DSV 1—Neustadt 1 5:1 (2:1).

Durch gutes Kombinationsspiel kann der Bundesmeister die Neustadter mit obigem Resultat bezwingen. Die Neustädter Elf war besser als in den letzten Spielen.

Pieschen 1—02 1 4:2 (1:2).

Beide mit Ersatz zeigten jederzeit ein einwandfreies Spiel. 02 führte den größten Teil des Spieles, klappte aber infolge Versagens des Sturmes die zweite Zeit zusammen und überließ Pieschen, welche die Situation erfaßten, den Sieg. Gen. Tuppak sorgte für Fairneß.

*

2. Klasse:

1885 1—Wurgwitz 1 5:1 (3:0).

1885 war die technisch bessere Mannschaft. Bei Wurgwitz langte es jedoch nur zum wohlverdienten Ehrentor.

Fortschritt—Spfr. 09 6:5 (2:3).

Ein jederzeit ausgeglichenes Spiel. Jede Partei sucht den Sieg an sich zu reißen.

Klotzsche 1—BfR 1 6:1.

Beide Mannschaften lieferten sich einen harten, aber interessanten Kampf. Die Klotzscher befanden sich in Hochform. BfR konnte durch den Egoismus einzelner Genossen keine Tore erzielen. Leider artete das Spiel kurz vor Schluß noch aus.

Weißig 1—Cossebaude 1 8:3; Kötzschenbroda 1—MSC 1 1:2. —

Niedere Mannschaften:

Neustadt 2—Pieschen 2 1:0, Helios 2—Eintracht 2 1:2, Neustadt 3—Friedrichstadt 3 0:1, Helios 3—Heidenau 3 1:6, Weißig 3—Cossebaude 2 3:2, Deuben 3—Potschappel 3 3:2, Kl.-Naundorf 3—Wilmsdorf 2 6:0, Kötzschenbroda 2—MSC 2 6:2, Neustadt 4—Pieschen 4 1:8, DSV. 4—02 3 3:2, Cotta 5—Hänichen 1 7:1, Kl.-Naundorf AH.—Weißig AH. 5:1.

Jugend:

Neustadt 1—Deuben 1 3:1, Neustadt 2—Cotta 3 2:0, Kötzschenbroda 1—Riesa 1 0:3, 1885 1—Cotta 1 0:4, Löbtau 1—02 1 1:2, DSV 1—Pölzschen 6:0, Cotta 2—Pieschen 2 2:3, Helios 1—Eintracht 1 3:2, 09 1—Coswig 1 0:4.

Schüler:

Neustadt 1—Radebeul 1 1:1, Neustadt 2—DSV 2 1:1, Kötzschenbroda 1—Kaditz 1 0:2, Cotta 1—DSV 1 6:0.

Auswärtige Resultate:

Bezirk Leipzig.

Möckern—Lindental 3:3, Sportlust 09—Jahn Leutzsch 7:1, Großzschocher—Pegau 3:2, Plagwitz—Viktoria 06 2:6, West 68—Oetzsch 2:2, Frisch auf Wurzen—Vorwärts Wurzen 1:2, Paunsdorf—Preußen Mockau 0:3, Vorwärts Süd—Schönau 5:4, Normannia 01—Eutritzsch 1:2, Stötteritz—Benneritz 4:0, Oetzsch—Lindenau 3:3, Thekla—Taucha 2:3.

Bezirk Chemnitz.

Rapid—Wacker 11 5:3, Favorit—Fortuna 4:4, Vorwärts—Jahn Altchemnitz 1 1:1.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Bezirk Groß-Dresden. Freitag, 19. Nov., Anfang 7 Uhr, Gründungsfeier im Krisallpalast. Ehrung der Bundesjubilare. Großes Sportprogramm. Karten 50 Pf. bei sämtlichen Funktionären erhältlich und Frischaufschänke. — Sonntag, 12. Dez., nachm. 4 Uhr, Volkshaus, Bezirks-Generalversammlung. Neuwahl sämtlicher Funktionäre, bedingt Anwesenheit aller Bundesmitglieder. Anträge schriftlich bis 8. Dezember an die Geschäftsstelle Frischaufschänke. — **Abt. Cotta.** Zur Weihnachtsfeier am 9. Januar können sich noch Kinder der Mitglieder zu den Aufführungen beim Gen. Seifert, Weidenthalstraße 18, H. 1, und Räppel, Oderwitzer Straße 20, ptr., melden. — **Abt. Kaditz.** 18. Nov., 7,30 Uhr Baubörje, Jugend-Generalversammlung. Wegen Neuwahlen Anwesenheit aller erforderlich. — **Abt. Neustadt.** 4. Dez. Familienabend, Lindengarten, Königsbrücker Straße, Anfang 7 Uhr. Nur für Mitglieder.

Rundfunk

Freitag, den 19. November:

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert. Mitwirkende: Elsa Bartsch-Strauß (Gesang), Johannes Strauß (Klavier). Flügel: Rönisch.
6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt.
7,15—7,45 Uhr: Hugo R. Bartels: „Vom Hören."
7,45—8,15 Uhr: Vortragsreihe: „Grundfragen der Aesthetik." (Lehre vom Schönen und der Kunst.) 6. Vortrag. Dr. Hermann Voesneck: „Das Wesen der einzelnen Künste." (Malerei, Plastik, Baukunst.)
8,15 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe.
8,30 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Claudio Arrau (Klavier), Berlin. Das Leipziger Sinfonie-Orchester. Tschaikowsky-Abend.
10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
Funkpranger.
10,15 Uhr: Tanzmusik.

Voraussichtliches Wetter am 19. November (Freitag): Wolkig, zeitweise aufheiternd, windig, milde, Regenfälle. Später etwas kälter. — **20. November (Sonnabend):** Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kälter, zeitweise noch Niederschläge.

Verantwortlicher Redakteur: Willy Schneider, Freital. Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden.

Mussolinis Vertrauensmann, der Lockspitzel Garibaldi

Garibaldi, dessen Spitzelskandal überall Sensation erregt hat, ist von Nizza nach Paris transportiert worden. Unser Bild zeigt seine Ankunft auf einem Pariser Vorortbahnhof.

Die „Staatsschützer"

Der Leipziger Kriminalbeamten-Prozeß.

Wir berichteten bereits über den Leipziger Sensationsprozeß, der gegen eine Taschendieb-Bande und ihre beamteten Helfershelfer geführt wird. Die Aussagen des Hauptangeklagten, Kriminaloberwachtmeister Rouvel, gaben wir wieder bis zu der Erklärung, er sei überzeugt gewesen, daß der Polizeidezernent der Abteilung zur Bekämpfung der Taschendiebe, Kriminalrat Fischer, ebenfalls gemeinsame Sache mit den Taschendieben mache. Dies alles habe er durch den Beamten Grimm erfahren, der die Verbindung mit den Taschendieben hergestellt hatte und der später durch Selbstmord endete.

Durch diesen sei er in den Kreis der Verbrecher hineingezogen worden. Dann habe es Grimm verstanden, ihn in ein Lokal in der Nordstraße zu locken, wo verschiedene Taschendiebe anwesend gewesen sein sollen, die ihn kennenlernen sollten, damit sie ihm, wenn er im Dienst auf dem Bahnhof war, bei ihrer „Arbeit" ausweichen könnten. Während der Frühjahrsmesse 1924 sei er jedoch zur Untätigkeit verdammt gewesen, weil er

keinen „Verbindungsmann" mehr gehabt

habe. Gegen Taschendiebe, die ihm Grimm als „seine Leute" bezeichnete, sei er nicht eingeschritten. Dafür habe er nach der Messe von Grimm 300 Mark erhalten. Auf die Frage des Vorsitzenden erklärt Rouvel, die 300 Mark habe er dafür erhalten, daß er die „Leute" Grimms, obwohl er wußte, daß sie Taschendiebe seien, nicht angezeigt habe.

Es stellt sich dann weiter heraus, daß die Kriminalbeamten mit den Taschendieben in Kaffeehäusern Zusammenkünfte hatten. Es wurden aus den Taschendieben Kolonnen gebildet, die auf die Beamten verteilt wurden, unter deren Deckung dann die Diebeskolonnen an die „Arbeit" gingen. Es sei beschlossen worden, den

Erlös aus den Taschendiebstählen in einen Topf zu werfen

und zu verteilen. Zu den Dieben habe Srebnik den Verbindungsmann gebildet.

Kr. Rouvel, habe nicht mehr mitmachen wollen, habe aber nicht mehr zurückgekonnt. Ihm seien die Hände gebunden gewesen, nachdem er sich einmal mit diesen Leuten eingelassen habe.

Grimm habe ihm während der Herbstmesse versprochen, mit den Durchstechereien Schluß zu machen, doch habe er das Versprechen nicht gehalten. Um den Taschendieben das Handwerk zu legen, habe er, Rouvel, sogar selbst Berliner Polizeibeamte kommen lassen. Am Schluß erklärte Rouvel, daß er später festgestellt habe, daß Kriminalrat Fischer mit Grimm und den Taschendieben keine gemeinsame Sache gemacht habe.

Kriminalwachtmeister Grandke

wurde, nachdem er im November 1920 zur Kriminalpolizei in Leipzig kam, dem Kriminalrat Fischer unterstellt. Er ist ohne sein Verschulden in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. In einer Brillantenneppersangelegenheit habe er mehrere Personen verhaftet, sie aber auf Betreiben von Rouvel und Srebnik wieder freigelassen, wofür ihm 500 Mark geboten worden seien. Von diesem Augenblick an sei er „platt" gemacht gewesen. Eine Taschendiebin, die er einige Tage später festnahm, habe ihm dreist gesagt:

„Hast du den Brillantenneppern geholfen, mußt du mir jetzt auch helfen."

Nach der Diebeskolonnenbildung habe er auch eine übernommen. Die Taschendiebe bedrängten die Beamten, sie wollten arbeiten", weil sie etwas verdienen müßten. Bei der „Arbeit" wurde auf dem Bahnhof der Taschendieb Beckermeister verhaftet, der aber vom Kriminalbeamten Zaumseil wieder freigelassen wurde. Aus Freude darüber wurde von der Diebeskolonne und den Beamten in einer Weinstube ein fröhliches Fest gefeiert, um die Freilassung Beckermeisters festlich zu begehen. Im Hotel de Nord veranstalteten Beamte und Taschendiebe gemeinsam eine Weihnachtsfeier, bei der auch Beckermeister anwesend war. Die Zeche zahlten die Taschendiebe und außerdem drückten sie den Polizeibeamten noch 80 bis 100 Mark Weihnachtsgeld in die Hand.

Neues aus aller Welt

Vom Auto überfahren. Als in Pirna der 52 Jahre alte Hilfsheizer M. Beier aus dem Stadtteil Copitz mit seinem Rade von der Arbeitsstätte über die Brücke fuhr, wurde er von einem Auto erfaßt und einige Meter mitgeschleift, schließlich geriet er mit dem rechten Bein unter das Rad. Das Bein wurde fast vom Körper getrennt. Kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus starb Beier.

Der Einbrecher in der Wohnung. Eine böse Ueberraschung erlebte in Reichenberg-Neupaulsdorf eine Einwohnerin bei ihrer Rückkehr. Sie fand die Wohnung von Dieben umgestürzt und arg bestohlen. Noch schlimmer war ihr Schreck, als sie gar in einem Zimmer noch einen Einbrecher entdeckte. Auf ihre Hilferufe wurde der 15jährige Bursche festgehalten und von der Polizei verhaftet.

Kampf mit einem tollen Hunde. Aus dem böhmischen Grenzorte Habstein wird berichtet: Ein großer Schäferhund fiel auf der Straße zuerst ein junges Mädchen von hinten an und biß es in die Schulter. Dann wollte sich das rasende Tier auf die zwei kleinen Kinder des in der Nähe wohnhaften Bahnbediensteten Patzner stürzen. P. warf sich dem Hunde entgegen und hielt ihn fest, trotzdem er zahlreiche Bisse ins Gesicht erhielt. Der Hund stürzte sich dann erneut auf die Kinder, konnte aber von einem Gendarmeriewachtmeister erschossen werden. Die gebissenen Personen wurden in das Pasteursche Institut in Prag eingeliefert.

Acht Münchner Jugendgenossen wurden vom Münchner Gericht wegen Teilnahme an einer Bezirkskonferenz am 5. Dezember 1925 zu insgesamt 97 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie sich gegen das Republikschutzgesetz und gegen die berüchtigte Kahrerordnung „zum Schutze der Jugend" vergangen haben sollen.

Tödlich verunglückt. Am Mittwoch abend stürzte der 14jährige Sohn des Baumeisters Kleint in Neusalza-Spremberg mit seinem Fahrrade und wurde, ehe er sich erheben konnte, von einem Phänomobil der Reichspost überfahren. Den erlittenen schweren Verletzungen ist er bald danach erlegen.

Fritz Körber gemaßregelt

Wie wir berichteten, hat der Berliner Ortsausschuß des ADB seinen bisherigen Vorsitzenden wegen dessen führender Rolle in der zweiten deutschen Arbeiter-Delegation nach Sowjetrußland gemaßregelt. Eine unrichtige gewerkschaftl. Stellungnahme seitens Körbers dient lediglich als Vorwand. Nebenstehendes Bild zeigt Körber (links) neben dem Genossen Rykow, dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare. Rechts steht Genosse Siewert, der als einer der wenigen Kommunisten an der Delegation teilnahm. Im Hintergrund der Kollege Aimendt (Kiel).

Die antibolschewistischen Gewerkschaftsbureaukraten können durch ihre Methoden die Wahrheit nicht unterdrücken.

Tarifkündigung in der chemischen Industrie Westdeutschlands. Der bisher geltende Lohntarif für das Wirtschaftsgebiet A der Sektion Essen der chemischen Industrie ist von den Gewerkschaften zum 30. November gekündigt worden.

Deutsch-französische Differenzen. In den letzten Tagen ist eine Stelle des Leitfadens für das deutsche Heeresrecht so ausgeschlachtet worden, als präge er jedem Soldaten der Reichswehr den Revanchegedanken ein zur Wiedereroberung Elsaß-Lothringens. Man hat Grund, anzunehmen, daß dieser Leitfaden nicht unbedeutend in die deutsch-französischen Verhandlungen über Aenderung und Beseitigung der Militärkontrolle spiele, und wie die „Vossische Zeitung" bemerkt, hat dieser Leitfaden nicht gerade förderliche Wirkung ausgeübt.

Gegen des Himmels

Eine Illustration zu § 218

Tausende von Frauen gehen zu grunde weil ihnen die brutalen Verhältnisse verwehren, Mutter zu werden. Tausende trifft Leid und Not, weil der Staat sie zwingt, wider Willen ein Kind in die Welt zu setzen oder weil sie gegen den Abtreibungs-Paragraphen verstoßen haben. Wie es den mit des „Himmels Segen" Beglückten ergehen kann, das bezeugt die nachstehende — wohlwollende Entlassungsbescheinigung. Sie lautet in klassischer Schöne, die der Zeiten Kultur demonstriert:

„Bescheinige, den Geschirrführer Albert Fraydorf entlassen zu haben, da die Frau wegen kleiner Kinder nicht auf Arbeit gehen konnte.

Herrenhölzer, 3. August 1926.

Der Gutsvorsteher
gez. Hennemann."

(Gutsstempel.)

In seiner Not kam der Mann zur IAH in Halle, bat, ihm in seiner verzweifelten Lage zu helfen. Kurzerhand entlassen, an die Luft befördert, weil des Himmels reichlicher Segen seiner Frau nicht gestattet, auf des Herrn Acker oder in des Herrn Stall zu erscheinen, um für ihn Profit zu schaffen. Einmal donnert man gegen die gottlose Zucht — die Frau gehöre ins Haus; dann schmeißt man den Mann auf die Straße, weil kleine Kinder seine Frau ans Haus fesseln. Das ist kapitalistische Logik. Gegen ihre Brutalität muß sich die Arbeiterschaft durch Solidarität, durch Bildung einer proletarischen Klassenfront schützen. Dabei hilft die IAH!

Gegen Kinderarbeit kämpfen heißt Delegierte zum Kongreß der Werktätigen wählen

Das Erdbeben in Sowjet-Armenien

Der 22. Oktober, 11 Uhr abends. Ein heftiger Erdstoß, kurze 3 Minuten und eine blühende Stadt liegt in Trümmern. Alle Lichter sind plötzlich verlöscht, unter Trümmerhaufen verendende Menschen. Ringsherum ein großes Sterben. . .

Nach einigen Stunden saust aus Tiflis der erste Hilfszug mit Aerzten und Verbandsmaterial der Unglücksstätte zu. 50 Aerzte sind im Handumdrehen mobilisiert.

Leninakan — die Stadt Lenino. Das frühere Alexandropol. In Transkaukasien gibt es keinen zweiten Ort, wo mit solcher rein amerikanischer Schnelligkeit gebaut worden ist. Die Bauten wurden geradezu aus der Erde gestampft. Vor kurzem noch eine kleine Ansiedlung an der Bahnstation — und mit einem Male gibt es eine große Menge rauchender Fabrikschlote, Baumwollreinigungs-Anlagen, Textilfabrik, Eisenbahnwerkstätten usw., Arbeiterwohnungen. Leninakan — das Manchester von Sowjet-Armenien. Der Schirak-Kanal — der Stolz des Sowjet-Aufbaues. Er ermöglichte es, daß in der früheren Sandwüste Baumwollfelder angelegt werden konnten.

Der Aufbau in Leninkan hat ganze 3 Jahre angedauert, es ist viel geleistet worden. Unmöglich, konnte in kurzen 3 Minuten alles hinweggefegt werden, was hier fleißige Proletenhände freudig geschaffen?

Das Bild der Zerstörung macht einen schweren Eindruck, rüttelt an den Nerven. Doch dann steigt der mächtige Wille auf — es muß Hand angelegt werden, und zwar sofort. Kein Augenblick — Zögern oder Wehklagen. Die Regierungsmitglieder, mit dem Präsidenten des Vollzugsrates an der Spitze sind schon am Platze. Sie machten den Weg per Auto. Sie kamen in rasendem Tempo angeeilt. Unter den Aerzten der Sanitäts-Hilfskolonnen sind nur zwei Spezialitäten vertreten: Psychiatrie und Chirurgie!

Staubbedeckt, in weißen Kitteln, sind die Aerzte schon bei der Arbeit. Schnelle Hilfe ist notwendig.

Die Rotarmisten arbeiten schon rund 11 Stunden und verlangen nicht um Ablösung. Ihre Schaufeln stehen nicht stille und graben sich immer von neuem in den Trümmerhaufen. Lebende Maschinen sind es — die braunen Gesellen.

Es arbeiten die Aerzte ohne Unterlaß. Die Verpflegungsstation erinnert an einen Ameisenhaufen. Die Eisenbahner verrichten Herkulesarbeit.

Die Regierungskommission ist auf ihrem Platze.

Keine Panik. Ueberall ernste Gesichter, keine Kopflosigkeit: Die obdachlose Bevölkerung der Unglücksstelle weiß es zu genau: die Sowjetregierung wird Hilfe schaffen!

Noch war kein Brot zur Stelle, aber man fragte schon in ruhigem Tone: wo befindet sich die Ausgabestelle? Man fragte in aller Ruhe, weil man wußte, für Speise wird gesorgt werden.

Noch waren keine provisorischen Wohnstätten vorhanden, aber die Bevölkerung fragte schon: wo sind wir untergebracht? Wo befindet sich unser neues Heim?

Ans Regierungsgebäude — eine große Menschenmenge. In der Wand eine große „Rißwunde". Man kann ins Innere hineinschauen.

Viele kümmern sich weniger um das eigene Schicksal und fragen mit erregter Stimme: wie steht es mit unseren Fabriken, mit unserem Kanal? Auf dem Balkon des halbzerstörten Hauses taucht ein Genosse auf und ruft der versammelten Volksmenge zu: die Fabriken und der Kanal sind unversehrt!

Ein Freudengeschrei durchzittert die Luft.

„Ja solche Bilder sieht man nur in Sowjet-Landen.

„Fest geeint in Schmerz und Freude — sie liegen ja in einer Schale", wie Schiller sagt, — das ist unser Losungswort!

Geteilter Schmerz ist halber Schmerz!

„Den Kopf hoch, die Augen helle" — heißt es bei uns in der USSR, wenn des Lebens Stürme brausen.

Leningrad, November 1926. Andrei Rostowzeff.

Upton Sinclair und die rumänische Hohenzollerntöchter

Anläßlich ihrer Anwesenheit in Amerika wollte die rumänische Königin auch amerikanische Sozialisten kennen lernen. Um sofort ihren Wunsch zu erfüllen, richtete man ein Telegramm an — Upton Sinclair, in dem man ihn bat, nach Neuyork zu kommen, um der Königin vorgestellt zu werden.

Upton Sinclair antwortete hierauf mit folgendem Telegramm an die Nordamerikanische Zeitungs-Vereinigung:

„Wir erhielten Ihr Telegramm, das uns einladet, nach Neuyork zu kommen, und schätzen sehr den demokratischen Geist Ihrer Majestät, der sich in dem Wunsch äußert amerikanische Sozialisten kennen zu lernen.

Unglücklicherweise sind wir aber 3000 Meilen von Neuyork entfernt und haben nicht das Geld, nach Neuyork zu kommen, ebenso wie Ihre Majestät anscheinend nicht das Geld hat, nach Kalifornien zu kommen.

Versichern Sie jedoch Ihrer Majestät, daß wir im Geiste bei ihr sind, und daß wir unseren Zuhörern in Pasadena (kalifornische Stadt, Wohnsitz Sinclairs. D. Red.) erzählen werden, was wir von ihrer Regierung denken — der infamsten und blutdürstigsten Europas.

In kurzer Zeit werden wir erfahren, daß Ihre Majestät nur nach Amerika gekommen ist, um Dollar zu leihen für einen Krieg gegen die russischen Arbeiter, die den Weg zur Freiheit bahnen.

Glaubten Sie wirklich, wir würden eine solche Sache unterstützen, oder waren Sie nur nachlässig in der Zusammenstellung Ihrer Liste der Berühmtheiten?

gez. Mary Craig-Sinclair, Upton Sinclair."

Neue „Sozi" in Sicht! Der „Krasnaja Gazeta" berichtet man aus London: Die Söhne Baldwins, Macdonalds und Hendersons wollen eine „neue sozialistische Partei" gründen.

Soeben erschienen „Das Proletarische Kind" Nr. 9/10 des 4. Jahrganges. Aus dem Inhalt: Edwin Hoernle: Die kommunistische Kinderbewegung und die proletarische Elternschaft / J. Finkel: Die Projektionsmethode und der Schulkampf der KAB / W. Sorin: Zur Frage des Inhalts der Arbeit der kommunistischen Kinderverbände / „Fragen der Praxis". Ueber die Winterarbeit der KAB / Karl Sothmann: Eine achttägige Pionier- und Leiterschule in Deutschland / „Aus der Internationale". Bob: Zu den Fragen der kommunistischen Kinderbewegung in den Vereinigten Staaten / B. Malkin: Die Kinderbewegung in Südamerika / „Die Pioniere der UdSSR". Das Plenum des Zentralbüros der Jungpioniere. — Das Heft kostet 20 Pf. und ist zu beziehen durch die Arbeiterbuchhandlung und durch die Funktionäre der Jugend. — Verlag der Jugendinternationale, Wien 7, Burgg. 24.

„Erziehungs-Gemeinschaft". In dem Bericht über einen Vortrag im Sächsischen Lehrerverein in Nr. 262 vom 11. November haben sich 3 sinnentstellende Druckfehler eingeschlichen. In Zeile 12 und 16 muß es statt „Sucht" — Zucht und in Zeile 15 statt „Erzieherung" — Erleuchtung heißen.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Freitag, den 19. November:

Radeberg. Abends 7.30 Uhr im „Deutschen Haus" Funktionärversammlung.

Roter Frontkämpferbund

Ortsgruppe Groß-Dresden. Alle für Donnerstag, den 18. Nov., angesetzten Mitgliederversammlungen fallen aus. Alle Kameraden besuchen die Kundgebungen in der „Reichskrone" und in den „Annensälen".

Proletarische Freidenker.

Donnerstag, den 18. November:

Gruppe Löbtau. 7.30 Uhr Gruppenversammlung im Jugendheim, Poststraße 15. Gen. Dealer spricht über: Freidenker, Parteien, Gewerkschaften.

Sonnabend, den 20. November:

Micklen, Kaditz, Trachau, Uebigau. 8 Uhr Erziehungsabend im Gasthof Uebigau. Karten bei den Kassierern und Funktionären.

Meißen. 7.30 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus. Genossin Wettengel, Dresden, spricht über: „Frau und Freidenkerbewegung". Wahlen zur Bezirksversammlung.

Arbeiter-Athleten. Donnerstag, den 18. Nov., abends 7.30 Uhr, ringen die B-Mannschaften des KSV „Sandow" gegen „Hektor" im Vitzthum-Gymnasium, Dippoldiswaldaer Gasse, um die Bezirksmeisterschaft in der B-Klasse. Gäste willkommen.

Arbeiter-Esperantisten Strehlen. Donnerstag, den 18. Nov., abends 7.30 Uhr, im Restaurant „Sächs. Husar", Altenberger Straße 8, Diskussionsabend.

Esperanto-Prüfungen! Im Dezember d. J. finden wiederum Prüfungen für Kursusleiter, Befähigungsprüfungen usw. statt. Wir empfehlen allen befähigten esperantosprechenden Genossen daran teilzunehmen. Anmeldungen sind sofort zu richten an Herrn Lehrer Walter Hahn, Vorsitzender der Prüfungskommission, Dresden-Gohlis, Gartenstraße 17 Post Cossebaude.

Amtliche Bekanntmachungen

— Bischofswerda —

Die in der Bekanntmachung vom 24. 9. 1923 für den Verkauf von Konditoreiwaren an jedem Sonn- und Festtag mit Ausnahme des 2. Oster-, Pfingst- und Weihnachtstages von vorm. ½11 bis ½1 Uhr freigegebenen Zeit ist auf nachmittags von 2 bis 4 Uhr verlegt worden.

Bischofswerda, am 12. November 1926.

Der Rat der Stadt.

— Brand-Erbisdorf —

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

am Freitag, den 19. November 1926, abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Die Tagesordnung hängt am Ratsbrett aus.

Brand-Erbisdorf, am 16. November 1926.

Der Vorsteher.

— Freital —

Wegen **Reinigung der Geschäftsräume** bleiben geschlossen:

a) **Sonnabend, den 20. November 1926:** in **Verwaltungs-Nebenstelle C** das Polizeiamt, Gewerbeamt, Bauamt, Schulamt, Wahl- und Listenamt, Wohnungsamt und die Abteilung für Staatsangehörigkeitssachen;

b) **Montag, den 22. November 1926:** in **Verwaltungs-Nebenstelle C** das Meldeamt und die Bücherei;

c) **Montag und Dienstag, den 22. und 23. November 1926:** das Rathaus und die **Verwaltungs-Nebenstelle B;**

d) **Montag, den 22. November 1926: das Gesundheitsamt;**

e) **Sonnabend, den 27. November 1926:** das **Steuerhaus.**

In allen Abteilungen können während der Reinigungstage vormittags zwischen 11 und 12 Uhr nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden.

Rat der Stadt Freital, am 18. November 1926.

Bis zu 30 % Preisabbau

Herren-Räder . . . von 86.— M.
Damen-Räder . . . 113.— M.
Herren-Räder „Opel" . 115.— M.
Damen-Räder „Opel" . 120.— M.
Herren-Räder „Sparta" 131.— M.
Damen-Räder „Sparta" 135.— M.
Schlauchventil-Pumpen, Orig. Meyer . . . 0.80 M.
Fußpumpen 1.30, 1.50 u. 2.— M.
Pedale . . . 2.— M.
mit Gummi . 2.25 bis 4.— M.
Fußhalter von 0.30 bis 1.30 M.
Lenker . . von 2.— bis 5.— M.

Sättel . . . von 3.30 bis 8.— M.
Glocken . . . 2.75 M.
Kettenschützer . . . 1.80 M.
Karbid . . . kg 0.50 M.
Kilometerzähler . . . 2.50 M.
Freiläufe . . 14.— und 15.— M.
Ia Karbidlampen, Messing vernickelt . . von 4.20 M.
Torpedo-Modell 5.— bis 7.30 M.
Dynamo-Beleuchtungen, komplett
Radionne . . . . 14.— M.
Philips Orig. . . . 15.— M.
Philips Original . . . 17.— M.

Fahrraddecken erster Firmen 4.25, extra prima 5.00 M.

Große bekannte Reparaturwerkstatt

Fahrradhaus Frisch auf, Könneritzstraße 17

Prima Material! / Telephon 23977 / Erstklassige Arbeit!

Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang erbeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Meißen.

Freitag, den 19. November 1926, abends 8 Uhr im Saal des „Kaisergartens"

Familienabend

zur Ehrung unserer Jubilare.

Zahlreichen Besuch unserer Mitglieder nebst Angehörigen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Die wirksamste Gesundheitskur durch Heilfaktoren der Natur.

Kräuterkrone A-Z

ist bestens zu empfehlen gegen **Zuckerkrankheit, Nieren-, Blasenleiden u. katarrh. Erscheinung. der Harnwege, Rheuma, Gicht u. Arterienverkalk.** sow. viele **Blut- u. Stoffwechselkrankh.** Erhältlich in all. Apothek. u. Drogerien. Prosp. grat. **Seitz & Werner, Dresden-A. 16,** Schumannstr. 61

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Dresden

Branche der Heizungsmonteure und Helfer sowie der Klempner und Installateure!

Sonnabend, den 20. November 1926, abends 8 Uhr im Volkshaus, Ritzenbergstraße, großer Saal,

gemeinsame Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Agitation in den Branchen.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Ortskrankenkasse Heidenau

Einladung

zu dem Sonnabend, den 20. November, abends ½8 Uhr, in der Pestalozzischule zu Heidenau, stattfindenden

Lichtbilder-Vortrag

über die Atmung des Menschen und ihre Wichtigkeit für die Gesundheit, insbesondere als Verhütungs- und Vorbeugungsmaßnahme gegen Krankheiten.

Vortragender: Herr A. Wendler, Pirna

ärztlich geprüfter Lehrer für Atmungsgymnastik

Eintritt frei!

Wir richten an unsere Mitglieder und deren Angehörige die Aufforderung, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Der Vorstand

Theater am Wasaplatz

Dienstag, den 16. November bis mit Sonnabend, den 20. November, täglich 8.10 Uhr:

Mein Leopold

Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Adolph L'Arronge

Sonntag, den 21. November, nachm. 4 Uhr:

Rotkäppchen

Kindermärchenlustspiel in 3 Bildern von Robert Bürkner

abends 8 Uhr:

Mein Leopold

Tymians Thalia-Theater — Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche **Volkstheater Dresdens**

Vorzugskarten außer Sonntag gültig!

Nähmaschinen

Ia Marken für Haus und Gewerbe verkauft

gegen 3-Mark-Wochenraten

Auf Wunsch

ohne jede Anzahlung.

Offerten unter **A. 110** an Expedition dieses Blattes.

Noack Dresden, 3 Frauengasse 3, 13 Obergraben 13

Weine jetzt noch billig!

gut gepflegt, bekömmlich und süffig

Gelegenheitspartie solange Vorrat reicht

Tarragona ¾-Liter-Flasche einschließlich Glas nur **95** ₰

Malaga, golden . Fl. 1.30
Samos, echt Insel . 1.40
Wermutwein . . 1.30
Wermut, echt ital. . 1.50
Sabiona des Domaine wie Sauternes . 1.60
Sauternes, französ.
Weißwein . . . 1.80

Franz. Rotwein . Fl. 0.95
Ungar. Rotwein . 0.95
Rheinwein
Weißwein . . . 1.00
Oberhessischer Apfel . 1.00
Rüdesheimer . . 1.40
Burgunder . . . 1.50
Heidelbeerwein . . 0.70

inklusive Flasche!

Kaffee-Spezialmischung hochfeine Guatemalamischg., frisch u. tägl. gebrannt, Aroma

Reklamepreis: 1 Pfd. Kaffee, 1 Pfd. Zucker zus. **3.20**

Versand nach auswärts, in Dresden frei Haus

Restaurant „Sächs. Husar"

Inhaber: Ernst Gottschalch

Altenberger Straße 8

Lebensmittel ● Eigene Schlächterei

Carl Jähne, Voglerstraße 35

Fernsprecher 33725

Emil Nitzsche

Fleischermeister

Augsburger Straße 21

Storch-Drogerie

Kötzschenbroda, Hauptstraße 11

Beste und billigste Bezugsquelle und fachmännische Beratung

Speise-Kartoffeln

Pfund 5 Pfennig

gibt ab in allen Verteilungsstellen

Konsumverein

Vorwärts

Abgabe nur an Mitglieder

Königshof

Jeden Dienstag und Sonntag Ball

Linien: 9 u. 13, Auto: Hauptbhf.—Loschwitz

Fernsprecher 40125

Gasthof Dresden-Dobritz

Jeden Sonntag Ball

Haltestelle Linie 12 — Fernruf Niedersedlitz 843

Schweizerei Loschwitz

Konzert- u. Gartenetablissement

Gr. Wasserfall - Gesellschaftssaal

Fernsprecher 37383 — **Max Fischer**

Schillergarten-Lichtspiele

Blasewitz, Schillerplatz Nr. 9

Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel

Beginn: Wochentags ½7 und ½9 Uhr, Sonntags ½5, ½7 und ½9 Uhr

Bienenhonig, garant. rein

gegen Husten und Heiserkeit **1 Pfd. Glas M. 1.45**

das leere Glas mit 10 Pfennig zurück

Max Lehmann, Ammonstr. 18

Johannes Lehmann

Fleischermeister

Markgraf-Heinrich-Straße 15

Richard Heine

Kolonialwaren — Delikatessen — Grünwaren

Altenberger Str. 26

Starkes Spezial-Kurbade- u. Quarzlicht-Anstalt

für Hydro- und Elektrotherapie, Massage- und Heilgymnastik, Diathermie-Behandlung

Telephon-Anschluß 1502 **Dresden-N.**, Bautzner Straße

Geöffnet von früh 8 Uhr bis abends 8 Uhr

An allen Krankenkassen zugelassen

Curt Mertzsching

Fleischermeister

Wittenberger Straße 78

Wer die Natur liebt

besucht d. Naturfreunde-Lichtbildervortrag

In der Wunderwelt der Färöer

Donnerstag, den 18. Nov., abends 8 Uhr in den Tannensälen, Pirna

Nachmittags 4 Uhr: Schülervortrag (Eintritt 20 Pf.)

Leibbinden

von 3.75 M. an

Hüftformer . . . . von **1.90** M. an

Busthalter . . . . von **—.75** M. an

sämtliche hygienische Frauenartikel wie Spülkannen, Spülapparate usw.

Grete Wemme

Pirna, Barbierg. 18, Tel. 344

Damen — Kleider, Blusen, Mäntel, Wäsche, Schürzen, Schuhe

Herren — Anzüge, Joppen, Hosen, Arbeitssachen, Wäsche, Schuhe

u. v. a. m.

in sehr bequemer

Teilzahlung

oder gegen bar mit

10% Rabatt

bei

Veit

Dr. Kleinzschachwitz

Putjatinstraße 3

Gegr. 1920

Eig. Schneiderei

Werbt Leser

Korb-Möbel

und Korbwaren aller Art

*

Nur Facharbeit

Eigene Werkstatt

*

Seilerwaren Bürsten u. Besen

*

Robert Schliebs

Dresden-Altst.

Lilienstraße 82, Ecke Böhnischplatz

Auf Kredit

staunend billig

kaufen Sie Tischler-Polstermöbel komplette Schlafzimmer Küchen, sow. einz. Möbelstücke, Herren-, Damen-, Kindergarderobe, Bett-, Tisch- u. Leibwäsche geg. kleine An- und Abzahlung nur bei

A. I. Schneck, Dresden-A., Wettiner Str. 7, I (Ecke Palmstr.)

Anna Blochwitz

Markgraf-Heinrich-Str. 33

Wittenberger Str.

Schokolade, Kakao

Thürmer - Kaffee

¼ Pfd. von 65 Pfennig an

Krank-heiten aller Art,

auch alte chronische behandelt mit Homöopathie, Biochemie, Naturheilmethode, elektrisch. Bestrahlungen usw.

mit bestem Erfolg

Max Lindner, Heilkundiger

Dresden-Altstadt, Grunaer Straße 27

tägl. 11—2 Uhr, auch Sonntags (außer Montag)

Arbeiter

kauft Ihre **Arbeitssachen** bei

Ernst Klaar

Liliengasse 30

Ecke Josephinenstr.

Nähe Ortskrankenkasse

Viktoria-Drogerie

Dresden-Striesen, Schandauer Str. 45, gegenüber d. Jugendheim

Drogen - Farben

Chemikalien

Toilette- und Photo-Artikel

Max Frommhold

Verkehrslokal der Johannst. Arbeiterschaft

Gerokstraße 7

Hochfeine

Speisekartoffeln

gelbe und weiße, sowie

Ia Briketts u. Steinkohlen

kauft man am vorteilhaftesten

bei

Gustav Döring

Freital-P., am Bahnhof

Bundesbrüder Silverbergs erfüllen die Bedingungen

Husemann spaltet weiter!

Bekanntlich hat Silverberg in seiner Dresdner Rede von den Sozialdemokraten die Reinigung der Gewerkschaften von jedem oppositionellen Geist verlangt. Alle diejenigen, die nicht mit dem Geist der Arbeitsgemeinschaft einverstanden sind, sollen aus den Gewerkschaften ausgestoßen werden, um die Gewerkschaften reif zu machen für ein neues Bündnis der Leipart, Graßmann, Husemann mit den Thyssen, Vögler, Silverberg und Konsorten. Durch die Reinigung der Gewerkschaften sollen die SPD-Führer auch beweisen, daß sie fähig und würdig sind, auch für die große Koalition, für Ministersessel im Reich und in den Ländern. Getreu dieser Silverbergschen Parole bemüht sich nun Husemann, den Bergarbeiterverband von Kommunisten zu reinigen.

In den letzten Wochen und Monaten ist der Unwille der Bergarbeiter des Ruhrgebiets bis zur Empörung gestiegen. Die Bergarbeiter können es nicht mehr ansehen, daß jeden Monat Hunderttausende von Tonnen Kohlen als Streikbrecherkohlen nach England gehen. Sie können es nicht mehr ansehen, daß ihre Kameraden in England mit deutscher Kohle niedergeschlagen werden. Darum haben auch die Bergarbeiter von Beckerwerth versucht, durch Arbeitsniederlegung Schluß zu machen mit der Lieferung von Streikbrecherkohle. Eine ganze Reihe von Schachtanlagen haben sich ihrem Aufruf angeschlossen und ebenfalls die Kameraden durch ein Flugblatt zur Solidarität und zum Kampf aufgerufen. Die Bürokratie des Bergarbeiterverbandes hat den Streik auf Beckerwerth verhindert und für die Grubenkapitalisten die Situation wieder einmal gerettet. Doch Husemann, Limbertz, Dr. Berger und ihre Getreuen begnügen sich nicht mit dem Verrat von Beckerwerth. Ihre Rache geht weiter.

Jetzt erhalten eine Reihe von Betriebsratsmitgliedern, auf deren Zechen in Belegschaftsversammlungen Entschließungen angenommen wurden, die den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen verlangen, vom Vorstand des Verbandes ein Schreiben. In diesem Schreiben werden die Kameraden aufgefordert, sich zu äußern, ob sie die Haltung ihrer Belegschaften billigen. Sie werden weiter aufgefordert, diejenigen Kameraden namhaft zu machen, die die Entschließungen in den Belegschaftsversammlungen eingebracht haben. Des weiteren sollen die Kameraden mitteilen, ob sie die Haltung der Kommunistischen Partei zu dem englischen Bergarbeiterstreik billigen oder nicht. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß die Reichsarbeitszeit in Düsseldorf (eine Konferenz von Verbandsangestellten) beschlossen hat, keinen Streik zu führen, und daß daher jede andere Auffassung gegen die Verbandsbeschlüsse verstößt.

Der Zweck des Schreibens ist zu durchsichtig. Man will die Kameraden festlegen, einen Verstoß gegen Verbandsbeschlüsse konstruieren und sie dann aus dem Verband werfen. Dieses Vorgehen des Verbandsvorstandes ist so ungeheuerlich, daß es seinesgleichen nicht wieder findet.

Die Bergarbeiter-Internationale beschließt, daß nur die Verhinderung der Kohlentransporte nach England den englischen Kameraden zum Siege verhelfen kann. Die Bergarbeiter wollen nichts mehr, als daß diese Beschlüsse durchgeführt werden. Die Leipart, Graßmann, Husemann, Limbertz, Dr. Berger sabotieren nicht nur die Durchführung der Beschlüsse, sondern wollen noch ganz diejenigen Verbandsmitglieder aus dem Verbande werfen, die für die Durchführung dieser Beschlüsse eintreten.

Die „Bergarbeiterzeitung" schreibt, daß die Grubenherren Riesengewinne machen. Die Grubenherren selbst geben zu, daß sie aus dem englischen Streik Milliardengewinne einheimsen; sie geben selber zu, daß die Ausbeutung der Bergarbeiter um 25 bis 30 Prozent gestiegen ist. Wollen die Bergarbeiter aber eine Lohnerhöhung, dann gewährt man ihnen lumpige 4 Prozent. Wer mehr will, dem droht Husemann mit dem Herausschmiß aus dem Verband. Warum? Weil Silverberg es verlangt, weil der Weg frei gemacht werden soll für die große Koalition der SPD-Agenten mit den Vögler, Hugenberg und Silverberg. Darum wurden den Hohenzollern Milliarden nachgeworfen unter Zustimmung auch von Vertretern des Bergarbeiterverbandes. Den Hohenzollern und den Grubenherren Milliarden, den Bergarbeitern die Hungerpeitsche und den Hinauswurf aus dem Verband — das ist die Politik des Verbandsvorstandes, die Politik, die Husemann und Dr. Berger im Auftrag der Silverberge durchführen.

In diesem Monat finden in den Zahlstellen die Generalversammlungen statt. In den Generalversammlungen werden die Jahresberichte über die Mitgliederbewegung in den einzelnen Zahlstellen gegeben werden. Wieder werden die Kameraden feststellen können, daß der Verband nicht gewachsen ist. Trotz Werbewoche keine Erhöhung der Mitgliederzahl. Warum nicht? Weil alle Arbeit für den Verband zerstört wird durch die Ausschlußtätigkeit der Husemann, Limbertz und Dr. Berger. Dem Treiben dieser Leute muß die Mitgliedschaft ein Halt bieten. Alle Generalversammlungen müssen sich einmütig hinter die vom Ausschluß bedrohten Kameraden stellen. Die Ausgeschlossenen müssen wieder in den Verband aufgenommen werden. Nur dadurch und durch ein aktives Auftreten kann der Verband auch wieder das Vertrauen der Bergarbeiterschaft gewinnen. Der Verband muß groß und stark werden, um die Kämpfe führen zu können, die kommen werden. Wird der englische Bergarbeiterkampf zu Ende sein, werden die deutschen Grubenherren mit Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerungen kommen. Gegen diese Angriffe muß die Bergarbeiterschaft gerüstet sein. Sie muß eine starke und mächtige Organisation haben, die nicht zersplittert wird durch eine schamlose Ausschlußtätigkeit des Vorstandes. Der Verband ist nicht der Verband Husemann und seines Bourgeoisie-Agenten Dr. Berger, sondern der Verband ist die Organisation der Bergarbeiter. In ihm muß gelten der Wille der Bergarbeiter. Darum, Kameraden des Bergarbeiterverbandes, schützt eure Organisation vor den Zerstörern Husemann, Dr. Berger, die im Auftrag Silverbergs handeln. Organisiert einen Sturm gegen diese Leute, verhindert den Hinauswurf von Kameraden aus dem Verband und setzt durch die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen!

Andrejew
Führer der russischen Delegation im englisch-russischen Einheits-Komitee

Alarmierende Geständnisse

Ein Staatssekretär über Arbeitslosigkeit, Balkanisierung der Kreditpolitik und den wahren Charakter der Krise

Gegenüber den amtlichen und nichtamtlichen Aeußerungen über die Besserung unserer Wirtschaftslage, „in denen auf einmal die große Ruhe und der Friede eingekehrt ist", schlägt in zwei Artikeln des „Berliner Tageblattes" der Staatssekretär a. D. Professor Dr. Julius Hirsch Alarm. Seine Ausführungen sind ein bemerkenswertes Eingeständnis des Scheincharakters der Konjunkturbesserung, und eine schwere Anklage gegen die Spekulation, die im Deutschland der Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter betrieben wird, eine schwere Anklage gegen die verbrecherische Politik der Regierung, besonders in der Erwerbslosenfrage.

Der Prof. Hirsch stellt zunächst fest, daß zwar ein Rückgang der Arbeitslosenziffer vorhanden sei, daß es aber „eine Täuschung ist, sie als eine dauernde grundsätzliche Besserung anzusehen". Man müsse zu den 1,34 Millionen Erwerbslosen-Hauptunterstützungsempfängern, die es in Deutschland am 15. Oktober gab, zunächst 200 000 Ausgesteuerte hinzurechnen, es gäbe also immer noch über 1½ Millionen Arbeitslose, „das ist ungefähr 1 Million mehr als vor einem Jahr"!

Prof. Hirsch stellt weiter fest, „daß ein bedeutender Teil der „Besserung" nur eine ganz offensichtliche Scheinblüte ist." Eine Scheinblüte im Gefolge des britischen Kohlenstreiks: „Es fand ein „Transfer der Arbeitslosigkeit" von Deutschland nach England statt. Wieviele es sind, die wegen des englischen Kampfes neu in Arbeit gekommen sind, ist schwer zu berechnen. **„Sicherlich sind es weit mehr, also die 50 000 Bergarbeiter, die das Ruhrgebiet in den letzten 6 Monaten als zusätzlich beschäftigt nachweist; in allen kohlenverarbeitenden und kohlentransportierenden Industrien liegt es ähnlich. Wir haben deshalb sicherlich ein Mehrfaches dieser Zahlen, deren Arbeit nur getragen ist vom englischen Kohlenkampf. Geht dieser zu Ende, so beginnt trotz der weit überschätzten langfristigen deutschen Lieferungsverträge fraglos der Rücktransfer der Arbeitslosigkeit. Er wird vielleicht durch Wirkungen der Jahreszeit (Landwirtschaft, Baugewerbe) noch verschärft. Mit wachsender Arbeitslosigkeit gehen wir dann durch den Winter. Das ist kein erfreuliches Ergebnis des Arbeitsbeschaffungsprogramms."** Halten wir also fest, daß der Staatssekretär Hirsch zugeben muß, daß wir nur infolge der Streikbrecherkonjunktur eine Besserung gegenüber der Zeit der schärfsten Krise zu Beginn des Jahres zu verzeichnen haben und daß die kommenden Monate diese Besserung beseitigen werden.

Ebenso alarmierend ist, was Hirsch über die Ursachen dieser Lage offen zugibt. Es ist nicht die ganze Wahrheit, aber es ist ein bemerkenswertes Eingeständnis eines Teiles der Schuld, die die verbrecherische Politik des deutschen Großkapitals an der Lage trägt. Hirsch sagt: „Der Widersinn der Zustände von heute liegt darin, daß trotz der „sich regenden kapitalbildenden Kraft des deutschen Volkes" und trotz der großen Angebote ausländischer Mittel, „die zur Verfügung stehenden Kapitalien dem Arbeitsmarkte fern gehalten oder volkswirtschaftlich falsch geleitet werden!" Besonders die falsche Wirtschaftspolitik mit den Inlandskapitalien sei gefährlich: „Infolge der Balkanisierung unseres Kreditwesens fließt nämlich sehr vielfach nur halb soviel Geld in die Wirtschaft zurück, wie pfandfähige Objekte zur Uebereignung der Sicherungsforderungen unserer Banken vorhanden sind. Dieses Pfänderspiel unserer Banken, daß man in der Vorkriegszeit nur am Balkan als normal ansah, in Deutschland aber nahezu überhaupt nicht kannte, hat zur Folge, daß die freien Mittel der Wirtschaft nicht im nötigen Maße zu produktiven, sondern zu spekulativen Zwecken verwendet werden . . . Ja, daß bedeutende Beträge solcher freien Mittel außerhalb Deutschlands, insbesondere in England angelegt wurden. . . – **„Wir haben riesigen ungedeckten Bedarf, wir haben Millionen von Arbeitshänden, die diesen Bedarf (man denke nur an Wohnung, Einrichtung und Bekleidung) befriedigen könnten, auch das Kapital ist vorhanden, das die beiden verbinden, die Hände nutzbringend beschäftigen, den großen Bedarf befriedigen : . . könnte — sie kommen nur nicht zusammen."**

Es geschieht selten, daß ein Vertreter der bürgerlichen Raubwirtschaft und des Ausbeuterstaates ähnliche Eingeständnisse öffentlich macht, ähnliche Anklagen erhebt. Der Staatssekretär Hirsch erkennt weiter ganz richtig, daß das Profitstreben der Privatwirtschaft, die „private Rentabilität mit volkswirtschaftlich weitreichender Produktivität verwechselt", jeden Ausweg unmöglich macht. Er fordert den Reichsbankpräsidenten, „der sich der entschädigungsbedürftigen Fürstenhäuser in so nachträglicher Weise angenommen hat," auf, sich doch „einmal der neuen Bräuche anzunehmen", die sich im deutschen Kreditwesen eingebürgert haben. Er fordert weiter, eine großzügige Wohnbaupolitik, Preisabbau, „Taten" gegen die Preistreiberei der Kartelle, Beseitigung der Schutzpolitik, er fordert Notstandsarbeiten, Oedlandkolonisierung, Flußregulierungen, Wasserkraftgewinnung, Eletrifizierung usw.

Alle diese schönen Vorschläge und diese wohlmeinende Kritik sind nicht etwa gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung, sondern zu ihrer Rettung! Es ist klar, daß der Alarmruf des Staatssekretärs Hirsch an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern wird, weder das Trustkapital noch die balkanisierten Bankschieber werden sich an ihn kehren. Der Ausweg aus der Krise kann nur beschritten werden durch die Erkämpfung der Macht, durch die Uebernahme der Produktion durch die Arbeiterklasse, durch die Beseitigung der verbrecherischen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber die alarmierenden Eingeständnisse eines Vertreters dieser Gesellschaftsordnung müssen ein Ansporn mehr werden für die Arbeiterklasse in ihrem Aufmarsche gegen das Hindenburg-Deutschland des Hungerregimes und der Rationalisierung auf dem Rücken des Proletariats. Der Kongreß der Werktätigen wird die nächsten Maßnahmen beraten, die sofort zum Schutze vor dem Hungerwinter und gegen die Verbrechen der Großausbeuter getroffen werden müssen.

Sonnabend, den 20. November ist in Dresden

Gewerkschaftstag

Jedes Parteimitglied geht in seine Fraktionssitzung.
Achtet auf den Versammlungskalender!

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressal.

(61. Fortsetzung)

Diese Dinge und die Vorhänge, die dicht zusammenfielen, ließen nicht sehen, daß außer diesem der Raum vollkommen leer war. Der Tisch bestand aus einer leeren Holzkiste und dem Deckel des Waschtückenkessels, den man als Abschluß darauflegt und mit einem alten Stück roten Stoffes bedeckt hatte. Diese Strategie hatte den Zweck, zu verbergen, daß es ihnen schlecht ginge, obgleich fast alle ihre Nachbarn in gleicher Bedrängnis waren.

Das Zimmer war nicht sehr groß in Anbetracht der Tatsache, daß es für sie und ihre beiden Kinder allen Zwecken dienen sollte, doch wußte Frau Linden, daß sie so bald kein ebensogutes zum selben Preise finden würde.

So willigte sie ein, es ab kommenden Montag zu nehmen zum Preise von zwei Schilling die Woche.

21. Kapitel.

Die Betriebsversammlung wegen der Landpartie.

Gegen Ende März begannen die Aussichten sich zu bessern. Mitte April arbeitete man bei Hurtig u. Co. 11½ Stunden täglich. Als sich im Mai die Arbeit häufte, wurde ihnen gestattet, Ueberstunden zu machen, und als die Sommermonate herankamen, war die Schar zerlumpter Philantropen wieder bei ihrer edlen und selbstlosen Aufgabe, zu fronen und zu schwitzen, um Geld für Mr. Hurtig zu machen. Sie tapezierten, strichen, tünchten, malten, gruben Abzugskanäle, besserten Dächer aus — ihr Eifer und Enthusiasmus kannte keine Grenzen. Ueberall in der Stadt waren sie tätig. Zu allen Tagesstunden konnte man sie zur Arbeit gehen oder zurückkommen sehen, sie trugen Bretter und Leitern, Farben und Tünche, Ofenrohre und Kegelröhren, — ein Haufe schäbiger, zerlumpter Imperialisten in zerrissenen Schuhen, farbenbeklecksten Mützen und verschwitzten Anzügen, die von Mörtel starrten. Der tägliche Anblick der Arbeiter, die müde über das Pflaster der „Großen Parade" stampften, belästigte die besseren Klassen ein wenig, und im „Täglichen Verdunkler" erschien ein Brief, der anregte, daß sie doch besser auf dem Damm gingen. Als sie von diesem Briefe hörten, befolgten die meisten Leute den Vorschlag, und überließen den Bürgersteig den übergeordneten Klassen.

Auf der Arbeitsstelle selbst herrschten dieselben alten Bedingungen, dieselbe wahnsinnige Eile, dasselbe Pfuschen der Arbeit, das Uebertünchen, das Betrügen der Kunden, dieselben Flüche hinter dem Rücken des Vorarbeiters, dasselbe Kriechen in seiner Gegenwart. Dasselbe leisende Gebell Eiends: „Macht's fertig! Um Gottes willen, macht's fertig! Seid ihr noch nicht fertig? Wir verlieren Geld dabei! Wenn ihr Burschen euch nicht mehr ins Zeug legen könnt, werde ich eine Aenderung herbeiführen!" Und das Ergebnis war, daß die guten Menschenfreunde sich oft so ins Zeug legten, daß sie sich aus der Arbeit herausarbeiteten, denn der Beschäftigungsgrad schwankte und gelegentlich mußten alle für ein paar Tage aussetzen. Im ganzen aber gab es „viel Arbeit". Fast alle alten „Hände" waren wieder bei Hurtig, dazu noch einige neue mit Einschluß des Halbbesoffenen, einiger billigerer „Leichtgewichte" und von ein paar Volontären, die auch billig waren, weil sie zu erniedrigtem Tarif bezahlt wurden.

Anfang Juni schlug Craß nach Beratung mit einigen anderen, wie Philpot, Harlow, Sandy, Schleim, Caston und dem Halbbesoffenen vor, eine Versammlung der Hände einzuberufen zum Zwecke, die Ratsamkeit der Abhaltung der gewöhnlichen Sommer-Landpartie zu besprechen. Die Versammlung wurde in der Werkstatt des Zimmermanns auf dem Lagerplatz abgehalten und zwar abends um 6 Uhr, so daß alle, die daran interessiert waren, nach der Arbeit teilnehmen konnten.

Die „Hände" saßen auf den Bänken und dem Zimmermannsschemel oder legten sich auf die Haufen Hobelspäne. Auf einem paar Holzblöcken stand in der Mitte des Raumes ein großer Eichensarg, den Craß gerade fertig poliert hatte.

Als alle, die erwartet wurden, angekommen waren, wählte man Payne, den Vorarbeiter der Zimmerleute, zum Vorsitzenden. Hierauf folgte eine feierliche Stille, die schließlich durch den Vorsitzenden unterbrochen wurde, der in einer länglichen Rede den Gegenstand der Versammlung auseinandersetzte. Er machte sich die Mühe, ihn verschiedene Male zu erläutern, indem er dieselben Gründe immer wieder anführte und dieselben Worte ständig wiederholte, während die Versammlung in tödlicher und peinlicher Stille auf das Ende wartete. Payne schien jedoch nicht die Absicht zu haben, anzuhalten, vielmehr fuhr er fort, zu wiederholen, was er vorher schon gesagt hatte. Offenbar litt er an der Vorstellung, daß er jedem einzelnen in der Versammlung die Erklärung einzeln abzugeben hätte. Schließlich hielten es die Zuschauer nicht länger aus. Sie riefen häufig: „Hört, hört!" und ließen kleine Holzstücke und Werkzeuge zu Boden fallen. Und endlich nach einer letzten Feststellung, daß der Gegenstand der Versammlung der sei, die Ratsamkeit der Veranstaltung einer Landpartie zu überlegen, sank der Vorsitzende auf seinen Stuhl und wischte sich den Schweiß von der Stirn.

Darauf erinnerte Craß die Versammlung daran, daß die letzte Landpartie ein unfraglicher Erfolg gewesen sei, und was ihn anfangte, so würde es ihm äußerst leid tun, wenn sie dieses Jahr keine hätten. Letztes Jahr hatten sie vier Kutschen und sie fuhren nach Tubberton. Es war schon richtig, daß es in Tubberton nicht viel zu sehen gäbe, aber eins war man sicher, dort zu bekommen, was man für dasselbe Geld nicht gewiß war, wo anders zu bekommen, und das war ein guter Happen. (Beifall.) Um also mit der Versammlung vorwärts zu kommen, schlüge er vor, daß man beschließen solle, nach Tubberton zu gehen, und daß ein Komitee ernannt würde, das die Verhandlungen über das Mittagessen mit dem Wirt von „Königin Elisabeths Kopf" zu führen hätte.

Philpot unterstützte den Antrag und Payne wollte schon abstimmen lassen, als Harlow sich zur Geschäftsordnung meldete. Der richtige Weg, zu verfahren, sei der, erst die Stimmung der Versammlung zu erkunden, ob sie überhaupt eine Landpartie wünschte, und dann, wenn die Versammlung das wünschte, könnten sie entscheiden, wo sie hingehen wollten, ob sie einen ganzen Tag oder halben Tag wollten.

Der Halbbesoffene erklärte, er kümmere sich nicht ein bißchen darum, wo sie hingingen, er sei bereit, sich der Mehrheit zu fügen (Beifall), ihm sei es gleichgültig, ob sie einen Tag, einen halben oder zwei Tage hätten; er sei mit allem einverstanden.

Caston schlug vor, daß ein Kromler genommen wurde und daß sie Mme. Tussauds Wachsfiguren-Kabinett (das englische „Castons Panoptikum") besichtigen wollten. Er war noch niemals dagewesen und wünschte sich sehr, es kennenzulernen. Doch Philpot wendete ein, wenn sie erst einmal bei Mme Tussaud wären, würde sie sie vielleicht nicht mehr herauslassen.

(Fortsetzung folgt.)

Wegweiser für günstigen Einkauf und Verkehr

Franz Hitzer & Co.
Größtes Spezialgeschäft für Farben, Lacke, Schablonen und Pinsel
Leipziger Str. 84

Modewarenhaus P. Katze
Bürgerstraße 5

Kahl's Möbelhaus
Reiche Auswahl — Solide Preise
Alaunstraße 6

Varieté und Lichtspiele
Deutscher Kaiser
Leipziger Straße 112

Dresden-Neustadt

Grenadierstraße **Selbmann's Kakao** und Filialen

Konditorei und Kaffee
„SAXONIA"
Hermann Keul, Oschatzer Straße 13

Musik-Hoack
Bürgerstraße 8
ist immer am billigsten

Hommels Schokoladenhaus
Ecke Torgauer und Bürgerstraße
Telephon 26428

Fabriklager!

Reform- und Kinderbetten in Matratzen, Federn usw. reell und billigst
„Dresdensia"
Neustädter Markt 1, I. Etg.

Paul Kosler
Bürgerstraße 21
Lebensmittel und eigene Rauchfleischerei

E. Häntzschel
Bürgerstraße 28
Seifen, Spielwaren, Lederwaren

Albin Seifert
Reheleider Straße 42
Kohlen — Briketts

Lacke- und Farbenhandlung
F. Fietz Nachf. W. Heller
Konkordienstraße 46

Bettfedernhandlung
„Goldne Gans"
R. Schilling
Leipziger Str. 50
Bettfedern, Daunen, Inletts, fertige Betten, Dampf-Bettfedernreinigung

Pieschener Tapetenhaus
Bürgerstraße 39
Tapeten Linoleum Wachstuch

Wäsche, Wollwaren
Oswald Köhler
Markgrafenstraße 43

Damen- u. Herrenhüte
direkt in der Fabrik
Leipziger Straße 112

Lichtspieltheater „Goldenes Lamm"
Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel
Sonntags große Kindervorstellung
Beginn: Wochentags 6 und ½9 Uhr, Sonntags 4, 6 und ½9 Uhr

Löwen-Drogerie
Otto Schäfer — Torgauer Straße 4

R. Thomschke
Moltkestraße 36 · Schuhcremeartikel · Schuhwaren

Paul Müller, Alaunstraße 13
Seifen und Parfümerien

Drogen, Farben E. Stephan
Fichtenstraße 8b

Karl Henker Nachfolger
Hechtstraße 20
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte
Emaille, Aluminium, Porzellan, Steinzeug und Glas

Wa ter Ko be
Uhren - Goldwaren - Optik
Leipziger Straße 218

Sport-Trikotagen-Kaden
Torgauer Straße 33 — Fernsprecher 25507

Paul Tronicke
Holz / Kohlen
Briketts / Koks
Leipziger Straße 161
Telephon 23810

Herren-Konfektion — Schuhwaren
Weiß & Lederer
Bischofsplatz 6
Arbeiter-Kleidung — Herren-Artikel

Dresden-Altstadt

BELLEVUE
Sonnabend, Sonntag, Montag
FEINER BALL
Waltherstraße 27

H. Schmidt
Zwickauer Straße
Ecke Altplauen
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Wendrich & Co. Hutfabrik Altplauen 12
Damenputz / Herrenhüte / Mützen / Umpressen und modernisieren

Brot
Semmeln
Kuchen
frisch und bekömmlich
Schlüterstraße 28

Verlangt überall
unsere hochfeinste Margarine
Marke Eigelb mit dem roten Kopf
in Konsumvereinen erhältlich
Vereinigte Fettstoff A.-G. Dr.-Leuben

Oskar Walter, Zwickauer Str. 73
Kolonial- u. Grünwaren, Wurst, Delikatessen

Otto Bürger
Kolonialwaren · Spirituosen
Pirnaische Ecke Zinzendorfstraße

Schuhwarenhaus
Hermann Hübnel, Wartbaer Straße 23
Maßarbeit / Reparaturen

Rauchtabak
Zigarren
Zigaretten
empfiehlt
A. GERSTEN
Wartbaer Straße 2

Drogerie zum weißen Kreuz
ALFRED SACHSENRÖDER
Kesselsdorfer Straße 24

Wir kaufen unsere **Fleisch- und Wurstwaren** bei
Arthur Thieme, Ockerwitzer Straße 1
Spezialität: ff. Wurstwaren und garnierte Platten

Dippoldiswalde

A. Buttler, Fleischerei
Freiberger Platz

W. Hoch, Schneidermeister
Maßanfertigung / Konfektion

Allerfeinste Tafelbutter
Butter zu verlangen
Überall zu haben

Wittelli
GES. GESCH. MARKE

Georg Wünsch
Butter-Import
RUF:
25741, 21777, 21736, 22736.

Striesen-Blasewitz

Glashütter Hof
Fritz Kümmel und Frau

Schuhreparatur-Werkstatt
E. Rochalski, Lauensteiner Straße 54

Seefisch- und Delikatessen-Handlung
Arthur Seifert
Wittenberger Straße 99 / Telephon 30219

Fleisch- und Wurstwaren
liefert am preiswertesten
Emil Otto, Schandauer Str. 61

Konzert-Kaffee „Riese"
Blasewitzer Straße, gegenüber der Trinitatiskirche
empfiehlt seine Lokalitäten
Vereinszimmer

Löschergarten
Christoph Wilschas
Augsburger Str. 16 / Fernruf 30123

Gasthof Blasewitz
Freitag und Sonntag
Feiner Ball

Paul Melle
Fleischermeister
Altenberger Straße 28

Restaurant Glasewaldthof
Fernsprecher 31730
Verkehrslokal der Striesener Arbeiter

Seefisch- und Delikatessenhandlung
KURT WENDLER
Residenzstr. 54, gegenüber dem Rathause
Fernsprecher 31710

Regina-Lichtspiele
Augsburger Straße 12
Telephon 32695
Jeden Dienstag und Freitag Programmwechsel
Beginn: Wochentags 6 und ½9 Uhr
Sonntags 4, 6 und ½9 Uhr

Lebensmittel
Elektrische Wäschereolle
A. Arnold, Alpdorfer Straße 104

Wiesers Fahrradhaus
Wittenberger Straße 118
Erstklassige Nähmaschinen und Fahrräder. Wochenrate 3–5 M., Anzahlung 10 M. Sofortige Aushändigung

Oswald Padelt
Bäckerei, Konditorei und Café
Schandauer Str. 79
Telephon 31708

Wehlener Hof
Wehlener Straße
Ecke Schaufußstraße
ff. Biere / Gute Küche
Fernsprecher 30435

Vereinshaus Blasewitz
Ernst Adler
und Frau

Zum Bezug echter Kerniederfohlen sowie sämtl. Schuhbedarfsartikel
empfiehlt sich billigst
Lederhandlg. Augsburger Straße
Ecke Jakobistraße

Eduard Menzel
Rasseur-, Friseur-, Perückenmachermeister
Bärensteiner Straße 1

Moritz Müller
Fuhrgeschäft u. Möbeltransport
Holz- und Kohlenhandlung
Wasserturmstraße

Max Gühne
Bäckerei und Konditorei
Augsburger Straße 92

Emil Krause
Lauensteiner Straße 47
Holz-, Kohlen- und Briketts-Handlung
Kohlenkarten des Fürsorgeamts werden eingelöst

Klotzsche-Heideau

Schuhwaren und Reparaturen
Franz Pittner
Ecke Albert- und Mathildenstraße

ADOLF STARK
Königsbrücker Straße 56
Lebensmittel - Zigarren

Putzgeschäft, Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Johanna Claus, Dresdner Straße 8

Reformgeschäft, Veget. Gaststätte
Rudolf Stephan
Breiter Weg, hinter d. Anstaltsplatz

Dobritz

Bruno Laubert
Brot- und Weißbäckerei

Lausa-Weixdorf

Kreuz-Drogerie
O. K. Herold

Emil Friedemann
Alfred Friedemann
Fleisch- und Wurstwaren

Bäckerei Arthur Popp

Max Beyer, Fleisch- und Wurstwaren

Schmiedeberg

L. Kasiner
Papier- und Buchhandlung

Otto Krönert
Kolonialwaren / Drogen
Spirituosen

Gittersee

Kurt Pölchel
Bäckerei - Konditorei

Nainsdorf

Willy Höppler
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Konditorei

Possendorf

K. Patzig
Markthalle

Schnittwaren M. Naumann

Oskar Hartmann
Fleisch- und Wurstwaren

Striesen-Blasewitz

Erdkugel
Markgraf-Heinrich-Platz
Telephon 32183

Paul Hünmann
Produktengeschäft
Eisenburger Str. 5

Kurt Müller
Fleisch- u. Wurstwaren

Ottendorf-Okrilla

Arthur Wirth
Günstige Einkaufsstelle in Textilwaren jeder Art

Gustav Weinhold
Schnitt- und Wollwaren

Bruno Zimmermann
Radeburger Straße
Fleisch- u. Wurstwaren

Herrmann Krüger
Kolonialwaren — Lebensmittel

Gasthaus zum Bahnhof
Alfred Guhr
beliebte Einkehrstätte der Arbeiterschaft

Kreuz-Drogerie — Fritz Jaekel
Drogen, Farben, Parfümerien
Spirituosen — Sämereien

SLUB
Wir führen Wissen.